

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 M. Eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Ein klassischer Verteidiger des kurzen Arbeitstages.

Als vor nunmehr 65 Jahren, am 22. Mai 1846, im englischen Parlamente der Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter zur Debatte stand, faßte der Führer der Liberalen, John Bright, seine Gründe gegen den Antrag in folgende Sätze zusammen: „Da ich überzeugt bin, daß die Vorlage die besten Interessen des Landes schädigen und vernichten wird, da ich der Meinung bin, daß sie allen Prinzipien einer gesunden Gesetzgebung widerspricht, daß sie nichts anderes bedeutet als eine Hintergehung der Arbeiterklasse, daß sie lediglich von denen befürwortet wird, denen jede Kenntnis des Fabrikwesens abgeht, da ich sie für eine der schlechtesten Maßregeln halte, die jemals in die Form eines Gesetzes gekleidet worden ist, und da, falls sie Gesetz würde, die Bedürfnisse der Industrie und die gemeinsamen Interessen von Unternehmern und Arbeitern dazu nötigen würden, das Gesetz baldigst wieder abzuschaffen — da dies alles meine feste Ueberzeugung ist, so sehe ich mich gezwungen, der Vorlage den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen.“ In diesen Argumenten wird der aufmerksame Leser sehr viel recht modern Anmutendes finden. Es ist kaum ein Satz darin, der nicht auch in der Gegenwart noch gegen die Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit vorgebracht wird. Bright ging bei seiner Bekämpfung einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit von der alten, heute angeblich überwundenen, in manchen „liberalen“ Köpfen aber noch nachspulenden Manufakturlehre aus. Von jener Lehre, die jeden staatlichen Eingriff in das Wirtschaftsleben als eine Beschränkung der Freiheit, als einen Eingriff in verbrieft Rechte und als eine Störung der wirtschaftlichen Entwicklung im „freien Spiel der Kräfte“ ansah. Der Staat sollte nur Hüter und Schützer des Sacheigentums, nur Nachtwächter des Besitzes sein.

Gegen John Bright trat der bekannte englische Staatsmann Macaulay auf. Scharfsinnig wies er zuerst auf die Konsequenzen hin, die entstünden, wenn die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben an allen Stellen aufhören würden. „Wie wäre es“, sagte er, „wenn ein Hausbesitzer zum Londoner Bürgermeister, der von ihm die Innehaltung der Londoner Bauordnung fordert, sagen würde: „Sie versichern, ein Freund des freien Verkehrs zu sein; nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Freiheit muß es jedem freistehen, wohlfeil zu kaufen und teuer zu verkaufen. Warum darf ich denn mein Haus nicht so wohlfeil bauen und so teuer vermieten, wie ich kann? Sie allerdings lieben kein Haus ohne Abzugskanal, nehmen Sie daher keins von den meinigen; Sie halten meine Schlafkammern für schmutzig — es zwingt Sie niemand, darin zu schlafen! Bedienen Sie sich Ihrer eigenen Freiheit, aber beschränken Sie nicht die Ihrer Nachbarn. Ich kann gar manche Familie finden, die gern einen Schilling die Woche zahlt für die Erlaubnis, in dem zu wohnen, was Sie eine Höhle nennen. Warum schiden Sie mir einen Mann, der mir ohne meine Zustimmung einen Kanal anlegt und mir meine Wohnung säubert, und warum zwingen Sie mich dann, für etwas zu bezahlen, das ich gar nicht bestellt habe? Meine Mietsleute hielten das Haus für sauber genug, sonst würden sie nicht meine Mietsleute geworden sein, und da sie und ich zufrieden waren, warum mischten Sie sich, allen Grundsätzen der wirtschaftlichen Freiheit direkt zum Troze, unter uns ein? — Was würden Sie, meine Herren, diesem Manne antworten? Würden Sie nicht diesem Anhänger des Prinzips der Nichtemischung folgende Antwort geben: Ich halte an der richtigen Lehre der wirtschaftlichen Freiheit fest, aber Ihre Ansicht ist eine Paritatur derselben und bringt das Prinzip in Mißkredit. Wir würden nichts mit den Verträgen zwischen Ihnen und Ihren Mietsleuten zu tun haben, wenn diese Verträge bloß pekuniäre Interessen berührten. Aber es handelt sich um höhere als Geldbeuteinteressen. Das Gemeinwohl ist dabei interessiert, daß die große Masse des Volkes nicht in einer Weise lebt, die das Leben elend und kurz macht, die den Körper schwächt und den Geist befeckt. Wenn große Mengen unsrer Landsleute sich durch das Leben in Häusern, die Schweineställen gleichen, die Wohnheiten der Schweine angeeignet haben, wenn sie so veritaut geworden sind mit Schmutz und Gestank und Verpestung, daß sie ohne Widerwillen in Höhlen kriechen, die jedem Menschen von reinlichen Gewohnheiten Uebelkeit verursachen, so ist das ein Beweis, daß wir zu lange unsre Pflichten versäumt haben, so ist das ein Grund mehr, daß wir sie jetzt erfüllen müssen.“

Nach diesem Hinweis auf die Konsequenzen der manchesterlichen Auffassung von den Rechten und Pflichten des Staates und auf die Tatsache, daß, eben infolge dieser Konsequenzen, die schrankenlose wirtschaftliche Freiheit ein Unding sei, verweist er darauf, daß die Frage des Arbeitstages eine Frage der Sittlichkeit und der Gesundheit sei, daß dabei höhere als Geldbeuteinteressen auf dem Spiele ständen und daß deshalb der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, die Arbeitszeit der Frauen und Kinder zu regeln. „Wer möchte wohl leugnen“, so fragt er, „daß die Gesundheit eines großen Teiles der aufwachsenden Generation durch die Verträge, die durch das vorliegende Gesetz geregelt werden sollen, ernstlich berührt werden kann? Kann irgend jemand, der die uns vorliegenden Aussagen (in der englischen „Blaubüchern“) gelesen hat, kann irgend jemand, der jemals junge Leute beobachtet hat, kann irgend jemand, der sich seiner eigenen Empfindungen, wie er jung war, erinnert, im Ernste bezweifeln, daß zwölf Stunden des Tages in einer Fabrik zu arbeiten zu viel ist für einen dreizehnjährigen Burschen? Oder wird es geleugnet werden, daß dies eine

Frage sei, bei der die öffentliche Sittlichkeit interessiert ist? Kann irgend jemand bezweifeln, daß Unterricht eine Sache von der höchsten Bedeutung ist für die Jugend und das Glück eines Volkes? Nun, wir wissen, daß es keinen Unterricht ohne Muße geben kann. Es ist augenscheinlich, daß, wenn man von dem Tage zwölf Stunden zur Arbeit in einer Fabrik und die zur Bewegung, Erholung und Muße nötigen Stunden abzieht, nicht Zeit genug bleibt für den Unterricht.

Hat es jemals eine zivilisierte Gesellschaft gegeben, in welcher die Verträge von Kindern nicht unter irgendeiner Regelung standen? Gibt es ein einziges Mitglied dieses Hauses, das sagen würde, ein wohlhabendes Kind von dreizehn Jahren solle vollkommene Freiheit haben, über sein Vermögen zu verfügen, wie es ihm beliebt? Die Minderjährigen, die wir zu beschützen wünschen, haben freilich kein großes Vermögen; ihre einzige Erbschaft, der einzige Fonds, von dem sie ihren Unterhalt das ganze Leben hindurch erwarten müssen, ist der gesunde Geist im kostbaren Körper. Und ist es nicht unsre Pflicht, sie abzuhalten, jenes kostbare Gut zu vergeuden, bevor sie den Wert kennen?“

Macaulay verweist dann auf die Sonntagsruhe, die doch auch eine Einschränkung der Arbeitszeit, einen Eingriff in die persönliche und wirtschaftliche Freiheit darstelle. Und er erinnert daran, daß zur Zeit der Reformation Bestrebungen auf Abschaffung des Sonntags hervorgerufen seien. „Angenommen nun“, so folgert er, „im Jahre 1546 hätte unser Parlament ein Gesetz gemacht, daß fernerhin sieben Tage in der Woche gearbeitet werden solle. Welche Vermehrung der Produktion, welches Steigen der Löhne müßte dieses Gesetz im Gefolge gehabt haben! Wie gänzlich außerstande müßte der fremde Gewerbetreibende, der noch immer seine Fest- und Ruhetage hatte, sich befunden haben, die Mitbewerbung mit einem



### Das Recht des Kulturmenschen.

Es ist nicht bloß frommer Wunsch für die Menschheit, sondern es ist die unerlässliche Forderung ihrer Rechte und ihrer Bestimmung, daß sie so leicht, so frei, so gebietend über die Natur, so echt menschlich auf der Erde lebe, als es die Natur nur irgend gestattet. Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angestrengt, mit Lust und Freudigkeit arbeiten und die Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist. Er soll nicht grade mit seinem Lasttier essen, sondern seine Speise soll von derselben Futter, seine Wohnung von derselben Stelle sich ebenso unterscheiden, wie sein Körperbau von jenes Körperbau unterschieden ist. Dies ist ein Recht, darum, weil er nun einmal ein Mensch ist.

(Johann Gottlieb Fichte.)

Aus der Schrift: Der geschlossene Handelsstaat, 1799.)



Volke zu bestehen, bei dem vom Morgen bis zur Nacht an 365 Tagen des Jahres die Läden offen, die Märkte gedrängt, die Wege und Hobel und Spaten und Kellen und Ambosse und Wehstühle beschäftigt waren! Die Sonntage von 300 Jahren betragen 50 unsrer Arbeitsjahre. Wir wissen, was der Fleiß von 50 Jahren berichten kann. Wer will nun behaupten wollen, daß, wenn wir während der letzten 300 Jahre keinen Ruhetag gehabt hätten, wir heute ein zivilisierteres Volk wären, als wir es jetzt sind, und daß insbesondere die arbeitende Klasse weit besser daran sein würde, als es gegenwärtig der Fall ist? Ich für meinen Teil habe nicht den geringsten Zweifel, daß wir ein weit ärmeres und unglücklicheres Volk sein würden, als wir es sind, daß weniger Produktion stattgefunden hätte, daß die Löhne der Arbeiter niedriger sein würden und daß irgendeine andre Nation jetzt Baumwollstoffe und Schafwollstoffe und Messerschmiedewerk für den Weltmarkt liefern würde.“

Die in den letzten Sätzen hervortretende Erkenntnis, daß die Beschränkung der Arbeitszeit die Voraussetzung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs ist, daß England seine Weltstellung nicht trotz, sondern wegen seiner teilweisen Beschränkung der Arbeitszeit errungen hat, kommt dann scharf und klar zum Ausdruck in folgenden Sätzen: „Daher kommt es, daß wir nicht ärmer, sondern reicher geworden sind, weil wir viele Jahrhunderte hindurch einen Tag in der Woche von unsrer Arbeit geruht haben. Dieser Tag ist nicht verloren. Während der Fleiß aussetzt, während der Pflug in der Furche liegt, während kein Rauch aus der Fabrik aufsteigt, geht ein für den Wohlstand der Nation ebenso wichtiger Prozeß vor sich, wie irgendein Prozeß, der in geschäftigeren Tagen ausgeführt wird. Der Mensch, die Maschine der Maschine, ruht aus, so daß er am Montag mit klarerem Geiste, mit beherzterem Sinne, mit erneuter Körperkraft zu seiner Arbeit zurückkehrt. Niemand werde ich glauben, daß das, was einen Menschen oder eine Bevölkerung stärker und gesunder und weiser und besser macht, sie schließlich ärmer machen kann. Ihr versucht, uns zu schrecken mit der Angabe, daß andre Völker länger arbeiten als wir, und daß wir uns nicht zu halten vermögen gegen deren Mitbewerbung. Meine Herren, ich lache über den Gedanken an eine solche Mitbewerbung. Wenn wir jemals genötigt sind, die erste Stelle unter den Handelsvölkern abzutreten, so werden wir sie nicht einem Geschlecht entarteter Szwerge abtreten, sondern einem an Körper und Geist hervorragend kräftigen Volke.“

Diese glänzende Lobrede auf den kurzen Arbeitstag vermochte zwar nicht, die Mehrheit des Parlaments für den Zehnundentag zu gewinnen (die Ablehnung erfolgte mit 203 gegen 193 Stimmen), aber sie hat zweifellos sehr viel dazu beigetragen, daß soziale Gesetze für scharfen und blinde Vorurteile gegen die Verkürzung der Arbeitszeit zu beseitigen. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß alle Beschränkungen des Unternehmertums die Pflicht zu berechtigt zum Ausdruck brachte, unbegründet war. Die Zehnundentagbill, die bald nach der hier geschilderten Parlamentsitzung noch Gesetz wurde, hat die englische Industrie nicht ruiniert, den Profit der Unternehmer nicht gemindert, das kulturelle Niveau der Arbeiterschaft aber ganz bedeutend gehoben.

Und genau so, wie es den Prophezeiungen des englischen Schwärmers für unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit ging, wird es auch seinen Nachfahren gehen, die in der Gegenwart die Rolle des Bremers am Wagen des Fortschritts übernommen haben und mit schweffelstimmiger Stimme und bangem Herzen alle Argumente des seligen John Bright wiederholen, wenn der Staat an seine Pflicht erinnert wird.

### Für den Achtfundentag.

Der natürliche Tag hat 24 Stunden, von denen, wenn wir für den Gebrauch des Lebens von einer Dreiteilung ausgehen, acht Stunden auf den Schlaf, ebensoviel auf die äußeren Geschäfte (Gesundheitspflege, Mahlzeiten, anständige Erholung, freundschaftliche Unterhaltung usw.) entfallen, schließlich für die ersten, nunmehr mit Munterkeit und ohne Ueberdruß zu erledigenden Arbeiten acht Stunden übrig bleiben werden. Wöchentlich also (wenn der siebente Tag ganz für die Muße bleibt) soll es 48 Arbeitsstunden geben. (Comenius, Pädagog, in „Dibatt“, 15. Kapitel [vor 300 Jahren].)

Der Achtfundentag ist nötig:

1. weil das Menschengeschlecht keine längere dauernde körperliche Anstrengung vertragen kann, wenn es gesund, geistig aufgeweckt, tugendhaft und glücklich bleiben soll;
2. weil die modernen Entdeckungen die Auserlegung einer länger dauernden Kräfteanspannung unnötig machen;
3. weil unter geeigneten Vorbedingungen bei acht Arbeitsstunden ein Wohlstandsüberschuß für alle erzeugt werden kann;
4. weil niemand ein Recht hat, zu verlangen, sein Mitmensch solle sich länger, als es der Gerechtigkeit dienlich ist, beschäftigen lassen, nur damit er auf Kosten vieler Armer reich werde;
5. weil es dem wahren Interesse jedes Menschen entspricht, daß jeder andre Mensch gesund, intelligent, zufrieden und gut bestellt ist. (Robert Owen, 1831.)

Bei acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und acht Stunden Ruhe könnte der Mensch ein ruhiges, hohes Alter erreichen, könnten alle schmerzenden Anlagen des Geistes geweckt und entwickelt werden. Doch die begünstigten Klassen haben in der Regel nicht acht Stunden Arbeit, die minderbegünstigten bei weitem nicht acht Stunden Erholung und acht Stunden Ruhe.

(Gußf. v. Strube, lib Rechtsanwält in Mannheim, 1846.)

Ich erkenne in der sogenannten Achtfundentagbewegung ein prinzipiell berechtigtes Element, das in dem heutigen Stande der gewerblichen Technik seine vornehmliche Begründung findet. Es ist eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auch des erwachsenen männlichen Arbeiters bei der jetzigen technisch möglichen Produktivität der Arbeit ohne ein durchgreifendes Bedenken möglich geworden. Wird diese Beschränkung in passendem Umfang erreicht, und die so frei werdende Zeit vom Arbeiter richtig ausgenutzt, so erfolgt ein kulturpolitischer Fortschritt ersten Ranges, nicht bloß zum Segen der nächstbetroffenen Arbeiter, sondern der gesamten Kulturwelt. (Prof. Adolf Wagner-Berlin.)

Unsre Forderung nach dem Achtfundentag ist im besten Sinne vaterländisch, denn das Volk, das sie zuerst erfüllt, wird das stärkste im friedlichsten, wirtschaftlichen Wettlaufe der Nationen sein, wenn es gilt, Ehre, Recht, Freiheit und das Land zu verteidigen! (Rob. Seidel.)

Wenn das Festhalten an der langen Arbeitszeit seitens unsrer bürgerlichen Kreise bisher Unverstand gewesen ist, so wird das weitere Festhalten für die Zukunft Frevel zu nennen sein. (Prof. Abbs in Jena.)

Die Verkürzung der Arbeitszeit hat das Lohnkonto zwar erhöht, aber man hat die Beobachtung gemacht, daß der Gesundheitszustand der Leute besser geworden ist, daß sie pünktlicher und schärfersinniger die Arbeit aufnehmen und daß der Arbeiterwechsel wesentlich abgenommen hat. Auch die Zahl der Unfälle hat sich verringert! — Der Direktor einer Gasanstalt, in welcher vor einem Jahre die Stündliche Arbeitszeit eingeführt wurde, war früher ein scharfer Gegner der Stündlichen Schicht, bekennt sich aber nun rückhaltlos als deren Anhänger! Er hat durch scharfe Beobachtung seiner Leute seine frühere Verurteilung, daß diese die vermehrte freie Zeit in wenig ersprießlicher Weise auszunutzen würden, vollkommen widerlegt gefunden! Er hat im Gegenteil wahrgenommen, daß sich die Leute während ihrer freien Zeit sonntäglich kleiden, mit ihrer Familien passieren gehen oder Besorgungen machen. Er erwartet jetzt vom Achtfundentag einen tüchtigen, zuverlässigen Arbeiterstamm. (Berliner Gewerbe-Zuspektoren 1908.)

Infolge der Einführung der achtfundentagigen Arbeitszeit nahm bei uns die Leistungsfähigkeit der Arbeiter von Tag zu Tag zu. Nach sechs Monaten wurde in 7 1/2 Stunden völlig ausgenutzter Arbeitszeit die gleiche Leistung erzielt, wie früher beim Zehnundentag. Günstig wirkte die kürzere Arbeitszeit auch auf den Gesundheitszustand der Arbeiter ein. Während die Krankenkasse vor dem Defizit arbeitete, erzielt sie jetzt Ueberschüsse. Der Alkoholgeruch ging zurück, die Trunkenheit hörte völlig auf. (Direktion der Akt.-Ges. für chem. Produkte in Engis i. Belg.)

In unsern Kulturstaaten verteilt sich das Ergebnis der Arbeit fast im umgekehrten Verhältnis zur Arbeit, so daß die größten Anteile am gesellschaftlichen Einkommen denen zufallen, welche überhaupt nie gearbeitet haben, die nächstgrößten denen, deren Arbeit beinahe nur nominal ist, und so weiter herunter, indem die Vergütung in gleichem Verhältnis zusammenschrunpft wie die Arbeit schwerer und unangenehmer wird, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste körperliche Arbeit nicht mit Gemüthe darauf rechnen kann, selbst nur den notwendigen Lebensbedarf zu erwerben. (John Stuart Mill.)



den eigenartigen Bauten der Ziegeleien und die zur Verschiffung der Steine benötigten Fahrzeuge ziehen nun wiederum die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Als mit dem Holländischen Handelsvertrage an Ziegeleien einen riesigen Umfang annahm, wurde im Alten Lande ein moderner Ringofen neben dem andern errichtet, die alte Handziegelei wurde aufgegeben, allgemein ging man zum Maschinenbetrieb über. Millionen und aber Millionen Steine wurden aus dem fetten Marschboden geformt und der Stadt zugeführt. Solange man sich zum Ziegelbrennen nur des Aufwindes bediente, ließ sich gegen die Industrie, die reichlichen Brände brachte, nichts einwenden; in 20 bis 30 Jahren ersieht der im Wasser des Flußlaufs mitgeführte Schlamm den abgestoßenen Boden wieder. Da aber der außerhalb des Deiches liegende schmale Streifen Landes bald abgezogen war, ging man dazu über, Schienenstränge über den Deich weit ins Land hineinzulegen und auf Voren den fruchtbarsten Marschboden des Binnenlandes den Ziegeleien zuzuführen.

Diese Art des Betriebes bringt nur der jetzigen Generation Nutzen und ihren Nachkommen unschätzbare Verluste; der fetten Schlamm des Abwassers gelangt nicht ins Binnenland, der Boden ergärt sich nicht. Wenn er auch zum Teil wieder planiert und für den Obstbau verwendet wird, hat er doch keine reiche Fruchtbarkeit eingebüßt. Weite Strecken des Alten Landes haben immer einen Schutz an den Obstbäumen gehabt; man hatte eine gewisse Scheu davor, die sog. Baumhöfe, die wenn sie mit volltragenden Obstbäumen bestanden sind, einen Wert bis zu 15 000 Mark pro Hektar haben, abzuziegeln. Neuerdings können die Ziegeleien trotz hoher Angebote kein Land zum Abziegeln mehr erhalten. Verschiedene Fabriken haben deshalb ihre Produktion verringert, andere werden sogar abgebrochen. Dagegen findet man hinter Stade, in Rehlingen, erschreckende Beispiele unvernünftigen Abbaues, ganze Höfe sind in Sumpflachen umgewandelt. Etwa 200 Millionen Steine werden jährlich am linken Elbufer fabriziert. Der Ziegelindustrie ist aber jetzt durch die Kalksteinfabrikation und den Betonbau eine empfindliche Konkurrenz erwachsen, die das Abziegeln einbüßt.

Die Ziegelarbeiter kamen anfangs ausschließlich aus Lippe, mit der Ausdehnung der Industrie aber auch aus andern Teilen Mitteldeutschlands. In den letzten Jahren sind auch Polen, Galizier, Ruthenen und dergleichen unter den Arbeitern. Die Arbeiter stehen unter der Aufsicht des Ziegelmeisters. In den meisten Fällen ist dieser der eigentliche Arbeitgeber; er übernimmt die Herstellung der Steine für Marktpreise und entlohnt dann die Arbeiter. Die Arbeiter einer Fabrik bilden während der Betriebsperiode eine große Familie, die in einem zur Ziegelei gehörenden Arbeiterhause wohnt; einer der Arbeiter übernimmt die Stellung der Hausfrau. In seine Kochkunst darf man freilich nicht zu hohe Anforderungen stellen, auch sein Speisegettel prunkt nicht gerade mit einer Fülle von Gerichten. Doch ist der Gaumen seiner Kostgänger nicht allzu verwöhnt; sie sind zufrieden, wenn sie bei ihrer überaus anstrengenden Arbeit eine kräftigende und stark sättigende Speise haben. Das Hauptgericht, das mit beneidenswertem Appetit verzehrt wird, bilden Erbsen mit Speck, auch als Zuluft beim Frühstück und Abendbrot wird fast nur alter Speck genossen. Dieser außerordentliche Konsum an Speck ist nicht ohne Einfluß auf die Schweinezucht des Alten Landes geblieben. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Ziegelarbeiter hält man besonders auf die Mast großer Schweine. In den Wintermonaten werden von den ansässigen Schlachtern oft bis zu sieben und acht große Schweine täglich geschlachtet und eingepökelt. Der fette Speck wird für die Ziegelarbeiter geräuchert, die fettigen Schinken sind dagegen für die Hamburger Feinschmecker bestimmt.

Wir bringen diese Ausführungen wieder, weil besonders der letzte Absatz des Interessanten nicht entbehrt. Hier werden den Ziegeleiarbeitern die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb unserer heutigen Gesellschaft von einem bürgerlichen Blatte, das jedenfalls nicht im Gerüche eines Spezerorgans steht, drastisch vor Augen geführt. Bei ihrer „überaus anstrengenden Arbeit“ müssen sie mit dem bescheidenen Speisegettel, der als „Hauptgericht“, Erbsen und Speck aufweist, zufrieden sein, während die „Hamburger Feinschmecker“, denen Arbeitslohn und Arbeitschweilen unbekannte Dinge sind, nicht nur den „fettigen Schinken“, sondern auch noch allerlei andre Vorkostigkeiten verzehren, die den Arbeitern kaum dem Namen nach bekannt sind. Selbstverständlich gibt es diese „Feinschmecker“ nicht nur in Hamburg, sondern überall, wo sich Arbeiter für ihre „Herzen“ schinden dürfen. Mögen diese Feststellungen für die Ziegeleiarbeiter ein Ansporn zur Einigkeit sein, damit sie außer von dem Speck auch von dem „fettigen Schinken“ ihren Anteil erhalten.

**— Vom Ziegelmarkt.**

Ans Bad Schmiedeberg wird gemeldet, daß die Ziegelpreise in letzter Zeit um durchschnittlich 2 Mk. pro 1000 gestiegen sind, so daß der gegenwärtige Preis für Mauerziegel 24 Mk. beträgt.

Besonders hohe Preise bestehen zurzeit in Leipzig. Es werden pro 1000 Mauerziegel 33 Mk. erzielt. Der im Monat Mai erwartete Preisnachlass ist infolge der Fröste, die einen erheblichen Teil der neuen Produktion zerstört haben, nicht eingetreten.

In Mühlhausen i. E. sind die Lagerbestände der Ziegeleien vollständig geräumt, so daß augenblicklich Ziegelmangel herrscht. Es wird eifrig gearbeitet, um das Weiterarbeiten an den Bauten zu ermöglichen.

In Ulm a. d. D. war es infolge des günstigen Abzuges den Ziegeleiarbeitern möglich, in letzter Zeit die Preise für Mauerziegel um 10 Prozent zu erhöhen.

In Udermünde und Eggesin sind die Ziegeleien fast vollständig ausverkauft, ebenso auch in Elbing, so daß die Preise im Steigen begriffen sind. Dasselbe wird auch aus Stralsburg i. E., Frankfurt a. M., Hannover, Minden und Döberitz gemeldet.

**— Wer ist für die Entrichtung der Krankenkassenbeiträge haftbar?**

Die Lohnpressereien, die alljährlich von manchen Ziegelmeistern verübt werden, indem diese Gesellen über Nacht beschwinden und in der Eile den zurückbehaltene Arbeitslohn auszusuchen vergessen, schließen in der Regel auch den Verlust der entrichteten Krankenkassenbeiträge und der sich daraus ergebenden Rechte in sich, indem die Ziegelmeister in ihrer Verantwortlichkeit das Anmelden der Arbeiter bei der Krankenkasse unterlassen. Da diese Ziegelmeister die gesamte Produktion auf eigene Rechnung übernehmen, die Arbeiter selbständig annehmen, entlassen und entlohnen, wurden sie mit Recht in allen Streitigkeitsfällen als Zwischenunternehmer bezeichnet, die für die Entrichtung der gesetzlichen Beiträge auszukommen haben. Die Arbeiter waren natürlich dabei immer die Geprüelten, denn die Ziegelmeister sind in der Regel vermögenslos, das vorhandene Vermögen gehört immer der Frau, dem Sohn usw. Der Ziegeleibesitzer aber muß seine Hände in Unschuld, denn er hatte ja mit den Arbeitern gar nichts zu tun. In einem ähnlichen Streikfall hat nun kürzlich das Gericht in Frankfurt a. M. entgegengekehrt entschieden. Nach dieser Entscheidung ist der Besitzer der Ziegelei, auf dessen Rechnung der versicherungspflichtige Betrieb erfolgt, für die Entrichtung der Krankenkassenbeiträge haftbar. Sollten sich die übrigen Gerichte diese Auffassung ebenfalls zu eigen machen, so wäre damit für die Ziegeleiarbeiter wiederum ein kleiner Vorteil erreicht.

**Papier-Industrie**

**+ Aktionärsloste in der Papierindustrie.**

Gute Geschäfte haben im Jahre 1910 die beiden großen Maschinenpapierfabriken gemacht. Die Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation kann trotz der im Jahre 1909 vorgenommenen Erhöhung des Aktienkapitals von 9 auf 12 Millionen Mark wieder 6 Prozent Dividende verteilen. Der Reingewinn ist von 1 030 365 auf 1 116 351, also um rund 84 000 Mk. gestiegen. An Dividende wurde 960 000 gegen 720 000 Mk. im Vorjahre ausgeschüttet. Dafür wurde den beiden Reservefonds, die im Vorjahre 155 000 Mk. erhalten haben, nichts zugeführt. Eine wesentliche Lohnserhöhung erhielten Aufsichtsrat und Direktoren dadurch, daß die für Zantienen aufgewandte Summe von 101 073 auf 123 272 Mk., also um reichlich 20 Prozent erhöht wurde. Ob die Arbeiter ebenfalls eine Erhöhung ihrer Löhne um 20 Prozent erhalten haben? Wir zweifeln es.

Die Aktiengesellschaft für Suntpapier- und Seimfabrikation hat 297 667 Mk. Reingewinn erzielt, das sind rund 4000 Mk. mehr als im Vorjahre. Die Aktionäre erhalten wiederum

10 Prozent gleich 175 000 Mk. Die Zantienen für die schwer arbeitenden Aufsichtsräte usw. werden von 24 188 auf 42 898 Mk., also um 75 Prozent erhöht. Der Unterstützungsfonds, der in den letzten Jahren leer ausgegangen ist, erhielt 30 000 Mk.

Die Zellstofffabrik Waldhof, der größte Betrieb der deutschen Zellstoffindustrie, hat 8 794 793 Mk. Reingewinn erzielt, das sind rund 120 000 Mk. mehr als im Vorjahre. Die Dividende beträgt wieder 15 Prozent oder 8 750 000 Mk. Die Gratifikation an Arbeiter ist mit 3000 Mk. weniger angelegt. Hier scheint man also sparen zu wollen. Weniger wird gezahlt an den Zantienen. Schon im Vorjahre bewerteten sich Aktionäre darüber, daß die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder geradezu beispiellos hoch seien. Das hat die Direktion aber nicht veranlaßt, die Bezüge auch nur um einen Pfennig zu kürzen. Um jedoch der bösen Kritik an den hohen Zantienbezügen die Grundlage zu nehmen, sind in der Bilanz die für Zantienen aufgewandten Summen einfach nicht mitgeführt, sondern unter die — Unkosten verzeichnet. Das ist zweifellos eine recht bequeme Methode, unbequemen Kritikern den Mund zu stopfen.

Weniger glücklich als die oben angeführten Fabriken sind die Oberbayerischen Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G. Diese Gesellschaft, der die unsere Lesern unrühmlichst bekannte Papierfabrik am Baum und die neuerrichtete in Rebenfelden gehört, arbeitet schon seit einiger Zeit mit Defizit. Im Januar 1910 wurde schon einmal „reorganisiert“, um ein großes Defizit zu beseitigen, inzwischen ist aber ein neues, größeres Loch entstanden. Den Aktionären wurde nun von der Akt.-Ges. für Maschinenpapierfabrikation durch Vermittlung der Pfälzischen Bank das Angebot gemacht, ihr die Aktien der Fabrik für 30 Prozent des Nominalwertes (Vorzugsaktien für 40 Prozent) zu verkaufen. Da der Aufsichtsrat bekanntmacht, daß auch das laufende Jahr ein Defizit bringen wird, dürfen viele Aktionäre von dem Angebot Gebrauch gemacht haben.

**+ „Aus der guten alten Zeit.“**

In der „Chemnitzer Volksstimme“ schildert ein alter Papierarbeiter seine Erlebnisse und Erfahrungen als Arbeiter in der Kriebsteiner Papierfabrik. Die Schilderung ist so instruktiv, zeigt die „gute alte Zeit“, wo man noch keinen bösen Verband hatte, vielmehr mit den Unternehmern in „schönster „Harmonie“, im besten „patriarchalischen Verhältnis“ lebte, so wahr, daß wir die Schilderung gern hierherzetzen und unsern Kollegen zum Studium und zur Beachtung angelegentlich empfehlen. Der Kollege schreibt:

Als ich als rüstiger Mann Anfang der 70er Jahre in dieser Fabrik mein Unterkommen suchte, war es gar keine Seltenheit, daß er wachene Leute mit 10, 12 und 13 Pf. für die Stunde entlohnt wurden. Mit großer Freude nahm man schon damals ein Gesell vom verstorbenen Herrn Niehammer entgegen, indem er dem Arbeiter bei der Verheiratung ein Kilo Gramm buntes Papier verabreichte, das als Fenstervorhänge benutzt werden sollte. In Wirklichkeit war der Stundenlohn gar nicht so hoch, als die Arbeiter annahmen, da wir doch, wie bekannt, bei dem damaligen Monatslohn jährlich 4 Wochen umsonst frönen mußten. Ja, wahrlich, heute noch muß ich mich wundern, wie es möglich war, eine sechsöpfige Familie mit diesem Gelde zu erhalten, denn von einem Leben konnte keine

**Arbeit und Müßiggang.**

Die Natur hat die Ergötzungen zur Belohnung der Arbeit, nicht zur Beschäftigung des Müßigganges bestimmt. Arbeit, Vergnügen und Ruhe, jedes zu gleichen Teilen und nach dem Stande der Natur gewechselt, werden Wunder. Ohne Arbeit ist keine Gesundheit der Seele, noch des Leibes, ohne diese keine Glückseligkeit möglich. Aber die Natur will, daß ihr die Mittel zur Erhaltung und Verschönerung eures Daseins als Früchte einer mäßigen Arbeit aus ihrem Schoße ziehen sollt. Nichts als eine nach dem Grade eurer Kräfte abgemessene Arbeit wird euch die Gesundheit erhalten. (Wieland 1794.)

Rebe sein. Wir waren nicht in der Lage, ein Stückchen Butter zu kaufen, nur das billigste Schmalz, Leinöl und Talg waren unser Brotbelag. An Kaffeelohnen durfte man nicht denken, nur „Gesundheits“laster war unser tägliches Getränk, Fleisch oder Wurst schmeckte uns nur im Geiste vor; froh waren wir, das heißt die Kinder, wenn es Hering oder Brühhosen gab, denn es durfte ja nur 1 Mk. die Woche für jede Person verausgabt werden, das übrige brauchte man für Miete, Feuerung und Kleidung. Leider machte kein Mensch den Versuch, seine Arbeitskraft teuer zu verkaufen. Wenn man nun beobachtet, wie die Inhaber dieser Firma zu Millionären geworden sind, während die Arbeiter, abgestumpft in Armut und Not, dahinvegetieren, so ist es wohl leicht verständlich, daß es endlich einmal Zeit wird, daß sich die rüstigen Arbeiter einmal zusammenuntun, ihre elenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern, denn sie sind es ihren Nachkommen schuldig; ja sie haben sogar ein Recht, zu fordern, daß ihre Väter für bessere Verhältnisse sorgen. Triffst man einmal einen früheren Arbeitskollegen aus der Firma, so kann man allgemein Sympathie für euren Zusammenschluß wahrnehmen, denn seid ihr alt und ausgearbeitet, dann rechnet man auch mit euch so ab, wie man es mit so vielen anderen schon getan hat. Nun, ihr Arbeitskollegen, nehmt diese Worte ernst, denn ein alter, erfahrener Mann hat zu euch gesprochen.

**+ Vredereiche (Udermünde). Die durch ihren Haß gegen die Organisa-**

tion bekannten Mitinhaber der Märkischen Holzstoff-, Pappen- und Papierfabrik in Vredereiche, die Herren Gebrüder Buchholz, haben wiederum eine Probe ihrer Arbeiterfreundlichkeit abgelegt. Die Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes hatte einen Kollegen dorthin abgeandt, um den Organisationsgebanen innerhalb der Arbeiterhaft zu fördern. Dies gelang ihm zum Teil. Die Herren Gebrüder Buchholz belamen davon Wind und setzten mehrere Arbeiter aufs Pflaster. Die Herren sollten sich lieber um die Befestigung der Wäskstände im Betriebe kümmern, statt den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. So wurden in genannter Fabrik (Papierabteilung) junge Burschen unter 16 Jahren an Sonntag sowie Feiertagen beschäftigt. Und das duldet Herr Direktor Fröhner, der zugleich Schiedsrichter des Ortes ist.

Der Werksführer Michales geriert sich als Sozialistenbekämpfer, obwohl an seinen Schuhen noch deutlich die Spuren des Arbeiterkampfes zu erkennen sind. Die Herren Buchholz täten auch gut, wenn sie ihre Umgangsformen im Verkehr mit den Arbeitern etwas modernisiereten. Das gilt besonders für Herrn Waldemar Buchholz, der zugleich Amts-vorsteher ist. Die bestehende, für die Arbeiter allgemein zugängliche Wasserfasserpumpe ist nur wenige Meter von dem Abort entfernt und das Wasser daraus hat oftmals eine Farbe, die eher auf alles andre, als auf Trinkwasser schließen läßt. In der Fabrik befindet sich zwar eine Badeanstalt, aber in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet.

Waschmaschinen, Handtücher sowie Kleiderpinde fehlen ganz. Auch befindet sich in der Ortsgemeinde und in der Fabrik, wo gegen 200 Arbeiter beschäftigt sind, kein Gemeinbezug. Verletzte und erkrankte Arbeiter müssen einen Weg von zwei Stunden transportiert werden, wenn ärztliche Hilfe sofort nötig ist; leicht erkrankte haben zu warten, bis der Doktor — ein- bis zweimal in der Woche — des Weges kommt. Die verschriebenen Arzneimittel sind aus der zwei Stunden entfernten Apotheke in Fürstberg zu holen. Die Burschenszimmer sowie die Baracken, wo die polnischen Arbeiter untergebracht sind, befinden sich in einem Zustande, der dem 20. Jahrhundert spottet. In manchen Zimmern sieht die Direktion dieser Fabrik märkischerische Annoncen in die Welt hinaus, um maschinelle Hilfsarbeiter resp. ganze Familien für ihren Betrieb aus aller Herren Länder heranzuziehen. Mit der Bewahrung von Heilsvorsicht ist sie sehr splendide, wenn jedoch die Familie mit Regel und Regel hier ist, wird zur Unterschrift ein schon jahrelang vorbereiteter und wiederholt verwendeter Vertrag zur Unterschrift vorgelegt. Mit diesem Vertrag eignet sich die Direktion das Eigentumsrecht an dem jeweiligen Pöbiliar an, auch wenn es von dem Vermögen minderjähriger Kinder anverkauft ist und somit der Vater und der gesetzliche Vertreter für unbrauchbar gewordene Stücke zum Ersatz verpflichtet ist. Dieser Vertrag unterbindet die Freizügigkeit der Arbeiter und die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, er zwingt die Arbeiter, unter den schlimmsten Verhältnissen so lange zu bleiben, bis der Vorzug abgelehnt ist.

Mit Bedauer, muß bemerkt werden, daß der zuständige Herr Gewerbeinspektor diesen gegen die Gehege und guten Sitten verstoßenden Vertrag, dem schon manche Arbeiterfamilie zum Opfer gefallen ist, nicht schon längst aus dem Wege geräumt hat. Unsere Kollegen aus der Papierindustrie mögen diese Mitteilungen beachten, wenn sie Inserate der Firma Buchholz-Vredereiche zu Gesicht bekommen.

**Verschiedene Industrien**

\* Breslau. Unter recht mißlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen haben die in der Schirmfabrik von E. Wüster in der P.-Schönich beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu leiden. Bei 10—10 1/2 stündiger Arbeitszeit verdienen die Arbeiterinnen 5—7 Mk. Anfangslohn, die Arbeiter 7—10 Mk. Allerdings kommt es auch vor, daß dann und wann etwas mehr verdient wird, das ist aber nicht von großer Bedeutung. Bei diesen geringen Löhnen ist auch noch ein sehr ausgebautes Strafsystem zu verzeichnen. Bei der geringsten Kleinigkeit werden die Arbeiter „bestraft“. So sind vor kurzem Strafen verhängt worden, weil während des Bespers die Arbeiterinnen etwas laut gelacht haben. In diesem Falle hielt man eine Strafe von 20 Pf. als ausreichende Sühne. Es sind aber auch schon Strafen von 2 Mk. und darüber verhängt worden. Da die Strafe jedoch die Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes nicht übersteigt, darf, zieht man den davon Betroffenen möglichen 50 Pf. ab, damit es nicht so auffällt. Der § 29 der Arbeitsordnung lautet: „Sämtliche Strafgebühren sowie die verwirkten Löhne gelangen am Schluß des Jahres unter die zur Zeit beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zur gleichmäßigen Verteilung.“ Hierbei möchten wir uns eine Frage erlauben: Wann hat denn eigentlich die letzte Verteilung der Strafgebühren stattgefunden? Die in diesem Betriebe schon mehrere Jahre Beschäftigten können sich nämlich eine Strafgebührenverteilung nicht bestimmen. Ein hübsches Stückchen muß sich nach Meinung der Arbeiter bereits angeammelt haben, und gerade jetzt könnten sie es sehr gut gebrauchen. Wie wäre es denn, wenn man die jedenfalls schon mehrere Jahre vergebene Verteilung jetzt vornehmen würde? Die hygienischen Einrichtungen, Garderobe, Braum-, Wasch- und Badegelegenheit lassen viel zu wünschen übrig. Die Arbeiterinnen müssen sich z. B. am Klosett umkleiden, um von den Arbeitern nicht beobachtet zu werden. Vielleicht nimmt die Gewerbeinspektion Veranlassung, diesen Betrieb einmal recht eingehend zu inspizieren. Laut Arbeitsordnung wurde vom 1. April bis 30. September von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr gearbeitet. Diesmal warteten die Arbeiter jedoch vergebens darauf. Als die Arbeiter besorgen vorstellig wurden, speiste man sie mit einigen nichts- sagenden Redewendungen ab. Dann wurde folgender Anschlag ausgehängt:

Es wird hiermit bekanntgemacht, daß vom 1. Mai ab während der Sommermonate die Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends festgesetzt wird. Sollten jedoch hierdurch Störungen irgendwelcher Art entstehen, so z. B. durch Zufälligkeiten, mäßiges Herumsehen, oder daß in den Morgenstunden weniger fleißig gearbeitet wird, so lasse ich die Arbeitsordnung dahin abändern, daß die Arbeitszeit Sommer und Winter von 7—7 Uhr festgelegt wird.

Da es mir besonders in letzter Zeit aufgefallen ist, daß hauptsächlich jüngere Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Vorgesetzten gegenüber es an dem nötigen Respekt fehlen lassen und sich ungebührlich benehmen, so mache ich ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diejenigen, welche sich der bestehenden Fabrikordnung nicht unbedingt fügen, im Interesse der Ordnung unmaßig entfernt werden. Insbesondere verlange ich, daß den Anordnungen des Werksmeisters, Herrn Külling sowohl als auch der sämtlichen übrigen Aufsichtsorgane ohne jede Widerrede ungenauamt Folge zu leisten ist. Jeder, der sich der Ordnung nicht fügen will und sich auf Speereien verlegt, hat bei mir keine Zukunft, und es ist mir lieb, wenn solche Elemente bald lüdigen. Mich kann auch niemand in Verlegenheit bringen, weil ich jederzeit in der Lage bin, den Bedarf meiner deutschen Kunden aus meinen österreichischen Fabriken auf beliebig lange Zeit zu decken. (?) Andererseits stehe ich aber auf dem Standpunkte, daß es auch im eigenen Interesse der Arbeitnehmer gelegen ist, ihrem Arbeitgeber nicht entgegenzuarbeiten, sondern ihm mit Vertrauen zu begegnen; denn jeder eifrig denkende Arbeiter wird einsehen, daß ihm nur in jenem Betriebe auf die Dauer ein guter Verdienst geboten werden kann und wird, wo er nach Kräften mithilft, das Unternehmen zu fördern.

**Unterjoch.**

Wir sind der Meinung, daß, wenn sich Herr Wüster bemüht, einigermaßen annehmbare Verhältnisse für die Arbeiter zu schaffen, den Arbeitern ihre gerechten Wünsche zu erfüllen usw., er nicht notwendig haben wird, sogenannte Hezer aus jenem Betriebe zu entfernen. Im übrigen wird jeder ehrlich denkende Arbeiter und jede ehrlich denkende Arbeiterin einsehen, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterhaft nur gehoben werden kann, wenn sie sich dem Verband anschließt. Deshalb fordern wir auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma E. Wüster auf, treu und fest zur Organisation zu halten und nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin dem Verbande zugeführt worden ist; denn vereinzelt sind wir nichts, aber vereint bilden wir eine Macht!

**Streiks und Lohnbewegungen.**

Streiks und Differenzen bestehen in Hamburg (Chemische Fabrik), Reiz (Kübelwagenfabrik), Zerbst (Kammfabrik), Stettin (Del-aühle), Schwann (Ziegelei), Walsdorf (Ziegeleien und Fuderfabrik), Wilm-dorf bei Schandau i. S. (Zellulosefabrik), Vredereiche (Stuhlrohr-fabrik), Leipzig (Zonigzettelwerk), Mannheim (Zellfabrik), Udermünde (Papierfabrik), Wilmshausen (Kupferfabrik), Elmshorn, Harburg, Wolmar-t. P., Bremen (Zellfabrik), Remel (Schneidemühlen), Lübeck (Wand-plattenfabrik), Annaburg b. Halle (Steingutfabrik), Fiddichow (Kochgeschloßfabrik), Siedelitz.

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— Harburg. In der Dampfziegelei des Herrn Ernst Schön reichten unsere Kollegen am 21. April Forderungen ein. Am 28. April fanden Verhandlungen statt, die mit Abschluß eines Vertrags endeten. Die Forderungen wurden um 1—5 Pf., die Stundenlöhne um 2 Pf. aufgedeckelt. Der Erfolg ist zwar nicht glänzend, aber unter Berücksichtigung, daß die Kollegen zum Teil noch jung in der Organisation sind, muß er als vorläufig zufriedenstellend erachtet werden. Wenn die Kollegen fest zum Verbands halten, werden sich später weitere Erfolge erzielen lassen.

— Udermünde. Der Streik in der Deutschen Zellulosefabrik und die dadurch hervorgerufene Aussperrung in verschiedenen Zergulbetrieben, mehreren Ziegeleien und einer Fuderwarenfabrik sind nunmehr endgültig beigelegt. Die Arbeit ist, soweit vorläufig möglich, am 1. Mai aufgenommen worden. Ursache, Verlauf und Ausgang des Kampfes werden wir in der nächsten Nummer einer eingehenderen Würdigung unterziehen.

— Sudenwalde. Einen schönen Erfolg erzielten die Ziegeleiarbeiter von Sudenwalde ohne Arbeitsunterbrechung. Es wurde ein bis zum 1. Oktober 1913 gültiger Tarifvertrag zwischen dem Fabrikarbeitsverbande und den Ziegeleiarbeitern abgeschlossen. Die Lohnserhöhung beträgt bis 1. Oktober 1911 5 Proz., vom 1. Oktober 1911 bis 1. Oktober 1913 weitere 5 Proz. Diesen Erfolg haben die Ziegeleiarbeiter nur ihrer geschlossenen Organisation zu danken, und es ist deshalb Pflicht aller Ziegeleiarbeiter der Provinz Brandenburg, dafür Sorge zu tragen, daß es allerorts zu Erfolgen im Ziegelegewerbe kommt. Darum, Arbeiter der Ziegeleiindustrie, hinein in den Verband der Fabrikarbeiter!

— Ludwigschafen a. Rh. In der Düngefabrik J. B. Südermann befinden sich die Arbeiter im Zustand. Vor zwei Jahren wurde nach neunwöchiger Aussperrung der alte Lohnvertrag mit einigen Schnörkelungen auf 2 Jahre abgeschlossen. Das Streikobjekt war damals der Ablauftermin. Die Arbeiter forderten den 1. März, der Arbeitgeberverband verlangte die Beibehaltung des 1. Mai. Als die Arbeiter das Verlangen äußerten, ohne Tarif weiter arbeiten zu wollen, wurden sie vom Arbeitgeberverband ausgesperrt. Der Firmenvertreter erklärte immer wieder, daß er in der Sache nichts tun könne, der Arbeitgeberverband sei allein kompetent. Jetzt haben die Arbeiter die alten Forderungen von vor zwei Jahren wieder aufgestellt. Bei der Verhandlung ließen sich der Arbeitgeberverband und der Firmenvertreter auf nichts ein. Eine Milderung der Tarifordnungen wurde glatt abgelehnt, ebenso die Vertagung des Ablauftermins. Nur die Anfangslöhne wurden

von 39 Pf. auf 42 Pf. erhöht. Dieses ist aber durchaus kein Grundgehalt; denn die Firma hat in der verfloffenen Saison diese Löhne schon gezahlt, weil unter diesem Lohn keine Arbeiter zu haben waren. Es ist also nur die schriftliche Festlegung des bestehenden Verhältnisses. Als weitere Verhandlungen abgelehnt wurden, verließen die Arbeiter mit dem Firmenvertreter direkt zu verhandeln. Der erklärte aber rund und nett, daß die Arbeiter ihre Forderungen auf die Verlegung des Ablauftermins zurückziehen sollten, dann könnten sie weiter arbeiten. Die rigoreuse die Firma und der Arbeitgeberverband vorgehen, ergibt sich daraus, daß einigen Arbeitern, die in letzter Woche wegen Verlegung der Saison aufhörten und aufhören mußten, vom Industriellen Arbeitsnachweis keine Arbeit vermittelt wurde, trotzdem der alte Tarif noch zu Recht bestand und weder von der Organisation noch von den Arbeitern der Konflikt gewollt oder angebroht wurde. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß nach zwei Jahren die Reparaturen in größerem Umfang vorgenommen werden müssen und die Firma sich in dieser Zeit der Arbeiter entledigen will. Diesmal werden aber die Arbeiter dafür sorgen, daß die Sommerlöhne zu ihren Gunsten ausgenutzt werden. — Zusatz ist streng fernzuhalten.

**Herzberg a. Harz.** Hier am Orte befindet sich eine Holzschleiferei, wobei die Fabrikarbeiter angehören. Die Schleiferei hat Turbinenanlage und ist als solche abhängig vom Wasserstand. Wenn nun die Arbeiter anderer Betriebe in Herzberg Sonntags noch der Ruhe pflegen können, müssen die Arbeiter aus der Holzschleiferei schon wieder zur Sonntagsnachschicht. Wiederholt ist es vorgekommen, daß bei niedrigem Wasserstand, wenn knapp eine Turbine in Gang gehalten werden konnte, die Arbeiter trotzdem zur Schicht mußten. Am nächsten Tage wurde dann bemängelt, daß nicht genug geschafft sei. Durch den Verband wurde nun der Fabrikleitung nahegelegt, für die Sonntagschicht mindestens eine bessere Besetzung, und zwar 3,90 Mk. zu gewähren. Bis jetzt wurde für die Sonntagschicht nicht mehr als für den gewöhnlichen Schichtlohn, der 2,60 bis 2,90 Mk. beträgt, gezahlt. Am 1. April erhielt die Fabrikleitung in Heiligenstadt die Forderung zugesandt, sie sah sich nicht benützt, darauf zu antworten. Dagegen erhielt der Meister in Herzberg die Nachricht, daß weder mit dem Verbands noch mit der Kommission verhandelt wurde. Am 22. April wurden nun plötzlich zwei Kollegen entlassen. Einer der Entlassenen war Kommissionsmitglied. Am 23. April verweigerten sämtliche Arbeiter die Sonntagschicht, da die beiden Entlassenen nicht wieder eingestellt wurden. Am selben Tage wurde auch von den Arbeitern beschlossen, die Kündigung einzureichen. Am 24. April erschien plötzlich der Betriebsinhaber und gewährte auf die Sonntagschicht einen Zuschlag von 50 Pf. Da aber auch dann nicht die Entlassenen eingestellt werden sollten, angeblich wegen Arbeitsmangels, so hielten die Arbeiter die eingereichte Kündigung aufrecht. Sonnabend, den 29. April, verhandelte der Meister mit der Betriebsleitung. Durch diese Verhandlung wurden weitere 25 Pf. für die Sonntagschicht zugesandt, so daß jetzt für die Sonntagschicht gegen früher 75 Pf. mehr gezahlt werden. Die Kündigung wurde darauf zurückgezogen. Der Verkauf dieser Bewegung ist ein Beweis, was organisierte Arbeiter vermögen. Allen Arbeitern von Herzberg aber rufen wir zu: organisiert euch rechtzeitig im Verbands der Fabrikarbeiter! Nur die Organisation ist imstande, eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen.

**Erförde a. Harz.** Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sägerei Daniel Homberger in Erförde a. Harz waren bisher nicht gerade günstig für die Arbeiter. Da nun auch am Harz die Lebensbedingungen sich immer mehr verschlechtern, so ließen die Arbeiter obengenannter Firma durch die Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes Lohnforderungen einreichen. Im Betriebe sind 14 Mann beschäftigt. Die Löhne betragen bisher 18 bis 31 Pf. pro Stunde. Der Meister hatte einen Wochenlohn von 19 Mk. Gehalts wurde nun eine Erhöhung der Stundenlöhne um 4 Pf. für den Meister pro Woche 2,40 Mk. mehr. Der Unternehmer erklärte sich bereit, mit der Organisation zu verhandeln. Durch die Verhandlung wurde eine Erhöhung um 3 Pf. erzielt. Bei einer 60stündigen Arbeitszeit der Woche 1,80 Mk. mehr. Der Meister erhielt eine Zulage von 1,50 Mk. Außerdem wird Sonnabends nur bis 5 Uhr gearbeitet bei voller Besetzung. In einem Tarifabschluß kam es diesmal noch nicht. Die einzige Lohnsumme beträgt pro Jahr rund 1800 Mk. Für die Verhältnisse am Harz bedeutet das einen Erfolg, woran die übrigen Arbeiter in Erförde sich ein Beispiel nehmen können.

**Leipzig (Bes. Leipzig).** Ein Referat des Verbandssekretärs Comede-Beitzig überzeugte eine Anzahl Herren (Unternehmer, Werkmeister und Beamte), welche sich zu einer vom Werkmeister Schulze-Leuchta einberufenen Versammlung im „Waldschänker“ eingeladen hatten, von der Notwendigkeit eines ev. „Arbeiter“-vereins. Aufgabe und Zweck des Vereins ist nach den Worten des Referenten: Die Mitarbeit an der Lösung der sozialen Frage, die Stände einander näher zu bringen und zu verstehen, und Schutz der Arbeiter gegen den Druck und den Zwang der gewerkschaftlichen und politischen Sozialdemokratie, die die Zusammenfassung der bestehenden Gewerkschaftsverbände und die Vereinigung der Arbeitervereine erwirkt. Ferner eingetragene für Glaube und Satz, für Recht und Wandel, für Familie und Gerechtigkeit, und endlich für die Ehre der Arbeit. Es wurde dann noch hamieren gegangen um Kranken- und Unfallversicherung des schützenden Verbandes. Da die amnestischen Herren einmütig die Notwendigkeit eines evang. Arbeitervereins für Leipzig anerkannten, wurde diesem dringenden Verlangen durch die Gründung eines Vereins abgeholfen. Zu dem Verband wurde gewählt: Vorsitzender Schulze vom Eisenwerk Hoyer als Vorgesandter, Herr Hofmann-Bertram als Vertreter von der chemischen Fabrik, Herr Köhler und Herr Registrator Schneider als Schriftführer. Dem Verein ist folgende Satzung zu Grunde gelegt: Zweck des Vereins ist es — bei den Unternehmern, bei den Arbeitern und bei den Beamten ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu schaffen und durch die Unternehmung, die beiden Wege nach einander zu führen, die ersten wollen, nicht abzuwenden. Die Unternehmung ist in Familienform zu gestalten und zu betreiben. Die Arbeiter sollen in Familienform zu betreiben sein. Es kommt vornehmlich einmal von einem Seite etwas leisten in die zum Teil noch recht unzufriedenen Arbeiter. Solche sind natürlich einzu- und einzuhalten. Die Arbeiter sollen in Familienform zu betreiben sein, und gegen ihre Interessen und Arbeitsbedingungen einzuwenden. Die Arbeiter sollen in Familienform zu betreiben sein, und gegen ihre Interessen und Arbeitsbedingungen einzuwenden. Die Arbeiter sollen in Familienform zu betreiben sein, und gegen ihre Interessen und Arbeitsbedingungen einzuwenden.

**Berlin.** Der Streik der Arbeiter der Fiedlerischen Kommanfabrik in Berlin ist beendet. Die Streikleitung hatte das Gewerkschaftsamt, die Gewerkschaft zu vermitteln. Die Herren Fiedler haben aber die Vermittlung des Gewerkschaftsamts abgelehnt. Am 1. April haben die Arbeiter die Fiedlerische Kommanfabrik wieder verlassen, und sind in die Fiedlerische Kommanfabrik zurückgekehrt. Die Fiedlerische Kommanfabrik hat die Arbeiter wieder eingestellt, und sind in die Fiedlerische Kommanfabrik zurückgekehrt. Die Fiedlerische Kommanfabrik hat die Arbeiter wieder eingestellt, und sind in die Fiedlerische Kommanfabrik zurückgekehrt. Die Fiedlerische Kommanfabrik hat die Arbeiter wieder eingestellt, und sind in die Fiedlerische Kommanfabrik zurückgekehrt.

dieses Streiks sind deshalb nicht nur die Fiedlerischen Arbeiter, sondern die Arbeiter von ganz Berlin interessiert. Die Fiedlerischen Arbeiter haben sich als Herren Fiedler völlig ehrenhaft. Erst haben sie es zugelassen, daß ihre Mitglieder zu Arbeitswilligen wurden, und nun nehmen sie auch noch die Arbeitswilligen als Mitglieder in ihren Verband auf. Die Fiedlerischen sind also auf dem besten Wege, eine reine Streikbrecherorganisation zu werden. Die Streikposten haben in letzter Zeit Verstärkung erhalten durch Soldaten der hiesigen Garnison, und diese fühlen sich unter den Streikenden ganz wohl. Von den Posten wird alles geschrien, um ihren Arbeitsbrüdern im bunten Rock die nötige Aufklärung über gewerkschaftliche Fragen zu geben. Eine ganz traurige Rolle spielt in diesem Kampfe der Barbier Otto Hugo. Dieser Mann wollte zuerst dem Unternehmer die Fenster zertrümmern und hat freiwillig die Streikposten kontrolliert, obwohl er nicht zu den Streikenden gehört. Jetzt leistet er und seine Frau für dieselben Betriebe bescheidene Dienste. Auch ist ein Polizeigebäude in diesem Betriebe beschäftigt, welcher vor dem Streik nur dann beschäftigt war, wenn er an der Post keine Ausschleißdienste zu leisten hatte. Während des Streiks hat er schon über 5 Wochen ständig bei Fiedler gearbeitet. Jetzt ist er wieder bei der Post. Mit dem Lohn dort hat er aber nicht genug, deshalb geht er vor und nach dem Postdienst in die Fiedlerische Fabrik. Und das ist ein Sohn eines organisierten Arbeiters! In den sieben Wochen, die der Streik nun dauert, ist von den Streikenden noch keiner abgeprungen, und es steht zu erwarten, daß diese Einmütigkeit weiter bestehen bleibt. Alle bisherigen Sprechschäfte haben die Arbeiter nicht wandend gemacht. Arbeiter und Arbeiterinnen! Lebt weiter Solidarität und laßt den Streikenden in jeder Weise moralische Unterstützung zuteil werden!

**Korrespondenzen.**

**Neuzen.** Den Arbeitern des hiesigen Hartsteinwerks ist es durch die Organisation gelungen, eine Lohnerrhöhung von 1,20 Mk. pro Woche zu erlangen. Wenn damit auch die wohlberechtigten Wünsche der Arbeiter nicht ganz erfüllt wurden, so ist es doch ein Schritt nach vorwärts, der die Kollegen zu noch größerer Einigkeit aneizern muß, um zur gegebenen Zeit einen weiteren Schritt vollziehen zu können. Der errungene Erfolg gewinnt aber an Wichtigkeit, wenn in Betracht gezogen wird, daß bezüglich einer andern Betriebe am hiesigen Orte noch bedeutend geringere Löhne zahlen und dadurch einen Semischuß für die ganze Bewegung bilden. In diesen Betrieben wird in Zukunft der Gehalt noch kräftiger angelegt werden müssen, wenn die gesamte Bewegung nicht noch mehr gehemmt werden soll. Wenn nun die Lohnbewegung ohne Kampf verlief, so ist das nur auf die geschlossene Organisation der in Frage kommenden Arbeiter zurückzuführen. Denn die Inhaber des Werkes hatten wohl ihre Forderungen ausgedrückt, um zu erwidern, ob nicht etwa eine Lücke in den Reihen der Arbeiter zu finden sei. Gätten sie eine solche Lücke gefunden, dann hätten sie es wohl auch auf einen Kampf ankommen lassen. Dafür spricht auch die Maßregelung des Vertrauensmannes, die ebenfalls durch die Einigkeit der Arbeiter rückgängig gemacht werden konnte. Die Organisation hat also die ersten Früchte gezeitigt, und das muß für alle hiesigen Kollegen, besonders aber für die Arbeiter der Kieselgur- und Arbeitwerke ein Ansporn sein, durch eine eifrige Ausbeutung des Organisationsgedankens dazu beizutragen, daß die nächste Ernte eine allgemeine werde, und nicht allzu lange auf sich warten läßt.

**Rundschau.**

**Leute Arbeiter.** Die Lübecker Maschinenbau-Arbeiter-Gesellschaft sperrte im vorigen Jahre aus Anlaß des Verarbeiterstreiks in Hamburg 60 Prozent „ihrer“ Löhne aus. Die übrigen 40 Prozent erklärten sich natürlich mit den Ausgesperrten solidarisch, und nun mußte die Leitung der Fabrik Arbeitswillige herbeiloden, die die notwendigen Arbeiten fertigstellen sollten. Das ist aber ein sehr teurer Spaß geworden. Im Jahresbericht klagte die Lübecker Maschinenbau-Arbeiter-Gesellschaft nämlich: „Die Kosten für die Heranzuführung und Verpflegung der Ersatzmannschaften für die Streikenden hätten 30 000 Mk. betragen. An Löhnen seien an diese Leute 25 000 Mk. gezahlt worden, wofür aber nur geringe und auch noch recht minderwertige Arbeit geleistet worden sei.“ Hier ist wieder einmal bewiesen, daß das Streikbrechergesindel nicht imstande ist, gute Arbeit zu liefern, und daß es sich, eben weil es so unfähig ist, nur durch Schmarozgen, eitelhafte Kriecherei und Streikbruch bei den Unternehmern halten kann. Wirklich tüchtige Arbeiter haben auch den Mut, ihre Ueberzeugung zu vertreten; die sind für Verantw. an ihren Arbeitsbrüdern nicht zu haben und voll Respektation bilden sie auf das Gesindel herab, das sich wie ein alles Gewürm, sei es offen als Streikbrecher, sei es in gelben Vereinen, zwindegen sie und die Unternehmer drängen will. Der kluge Unternehmer wird sich allerdings die obigen Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden zur Warnung dienen lassen.

**Polizei und Gerichte.**

**Ein Reizfall der Christen.** In Ludwigsfelde führte unter Verband im Sommer 1910 eine Lohnbewegung in der Korkzweigsfabrik Granzweig u. Hartmann. Die Organisation im Betriebe war gut. Die Christen hatten jedoch unter den circa 250 Arbeitern ganze 11 oder 12 Mitglieder und wollten bei der Bewegung mit dabei sein, woraus sich allerschand Differenzen entwickelten. Nach Abbruch der Bewegung mußten sich die Arbeiter durch das Desinteresse der christlichen Organisation, wodurch der Firma ein Gegenleg der Arbeiter, der in Wirklichkeit nicht bestand, suggeriert wurde, mit dem minimalen Zugeständnissen zufrieden geben. Sämtliche Bewegungen des Fabrikarbeiterverbandes in Ludwigsfelde brachten den beteiligten Arbeitern im Jahre 1910 bedeutende Vorteile; nur bei Granzweig, wo die Christen mitwirkten, ließ der Erfolg zu wünschen übrig. Als die Bewegung vorüber war, verbandete das Pfälzer „Volksblatt“ triumphiert, daß die Bewegung den Sozialdemokraten zwei Klagen des christlichen Verbandes eingetragen hätte. Der Agitationsleiter Haupt amtes Verbandes war angeklagt, weil er in einer Versammlung die Wertschätzung des zweiten Vorsitzenden des christlichen Verbandes, Tremmel, angegriffen hatte. Haupt wurde mit 20 Mk. Strafe belegt, weil er gesagt haben sollte, Tremmel habe bewußt die Unwahrheit gesagt. Haupt bestritt dieses „bewußt“ ganz entschieden. Es half aber nichts. Wehl wurde Tremmel im Gerichtsamt bestätigt, daß ihm in verschiedenen Fällen objektive Unwahrheit bewiesen sei; aber der Beweis der bewußten Unwahrheit sei nicht erbracht. Im andern Falle war der Redakteur Steffen von der „Pfälzer Post“ angeklagt. Tremmel hätte sich beleidigt, weil ihm nachgelagt wurde, daß er den verbreiterten Tarif mit der Firma im Jahre 1907 nicht abgeschlossen habe. Diese Feststellung war in eine etwas drastische Form gekleidet. Der Gerichtshof stellte sich aber heraus, daß Steffen für den Artikel nicht verantwortlich war. Die Klage richtete sich nun gegen den Redakteur Kleiser, der dem Gericht einen Vergleich einging in dem ausdrücklich festgelegt wurde, daß Tremmel den vom Fabrikarbeiterverband im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarif wirklich übernommen und unterschrieben habe. Der Erfolg ließ aber die christlichen Gewerkschaftsführer nicht ruhen. Reichsleiter Frankenberg in Mannheim klagte gegen den Redakteur Kleiser der „Pfälzer Post“, weil in einem Artikel gesagt war, daß der Erfolg bei der Lohnbewegung der Arbeiter durch das Desinteresse der Christen gesichert sei. Vor dem Schöffengericht in Ludwigsfelde erwiderte Frankenberg auch die Verurteilung Radlofs in 10 Mk. Strafe und Tragung der Kosten. Zugewiesen hatte aber der Agitationsleiter Haupt vom Fabrikarbeiterverband Frankenberg wegen gefährlicher Beleidigung, begangen in einer Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Kautz u. Co., verurteilt. Am jeden Tage als das Urteil gegen Radlof gefällt wurde, wußte sich auch Frankenberg eine Strafe von 10 Mk. und Gerichtslohn gefallen lassen. Radlof hat sich aber mit dem erstinstanzlichen Urteil nicht zufrieden. Am 28. April wurde die Sache vor dem Landgericht Frankfurt nochmals verhandelt und der Frankenberg schließlich unangenehme Sachverhalte nochmals eingehend dargestellt. Nach halbseitiger Verurteilung des Gerichts wurde die Urteilsverurteilung auf den 6. Mai verlegt. Das Urteil lautete auf Freispruch Radlofs unter Überbahrung der Kosten auf den Beleidigten. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß nicht der Privatkläger Frankenberg, sondern der

christliche Verband als Ganzes getroffen werden sollte. Außerdem habe Radlof in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Mit dieser doppelten Verurteilung werden die christlichen Gewerkschaftsführer wohl zufrieden sein. Das, was Haupt bei seiner ersten Klage vor Gericht ausfachte, nämlich, daß er durch die Klage erzieherisch auf die Herren einwirken und sie bei jeder Kleinigkeit vom Kabi fernhalten wolle, wird ja nun wohl eintreten. Oder nicht?

**Bekanntmachung.**

Neu erschienen und vom Vorstände zu beziehen ist: „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“, verfaßt vom Kollegen Heinrich Schneider. Die 123 Seiten umfassende Broschüre kostet für Verbandsmitglieder broschüriert 1 Mark, gebunden 1,50 Mark. (Im Buchhandel 3, resp. 4 Mark.)

Das Werk verdankt seine Entstehung dem Vorgehen der sächsischen Regierungsbehörden aus Anlaß unserer geplanten Beteiligung an der diesjährigen hygienischen Ausstellung in Dresden, die uns bekanntlich bereitete wurde. Die Schrift behandelt in wohlgeordneter Weise die Entwicklung der chemischen Industrie Deutschlands, die Unfälle und Krankheiten der Arbeiter in der chemischen Industrie. Den besonders gesundheitsgefährlichen Erzeugnissen der chemischen Industrie ist eine spezialisierte Abhandlung gewidmet. Im Weiteren läßt der Verfasser Arbeiterschutz und Wohlfahrtsanstaltungen Revue passieren, resümiert die Tätigkeit und Erfolge unserer Organisation im Kampfe um Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter und faßt zum Schluß die Forderung zusammen, die wir im Interesse der Arbeiter zu stellen für absolut notwendig halten.

Die Schrift enthält zahlreiche graphische Tabellen sowie Abbildungen, vornehmlich Unfallverletzungen und Erkrankter usw., die an sich schon zum Teil als Begründung für unsere Forderungen angesehen werden können.

Unsere Kollegen in der chemischen Industrie dürften das Werk eindringlich die Notwendigkeit verkürzter Arbeitszeit und erhöhten gesetzlichen Schutzes begreiflich machen, wie es auch dem Sozialpolitiker wertvolle Fingerzeige gibt. Daß die Abhandlung für unsere agitatorisch tätigen und sonst leitenden Kollegen von großem Werte ist, braucht nicht erst betont zu werden. Die Zahlstellenleitungen wollen alsbald nach erfolgter Umfrage ihre Bestellungen an den Vorstand einjenden.

**Verbandsnachrichten.**

**Vom 3. Mai an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:**  
 Wschaffenburg 2,25. Blomberg 44,41. Lübeck 3000.—. Berlin — 41. Grevesmühlen 66,89. Rheinsberg i. d. M. 60,19. Heubach 47,80. Lägerdorf 36.—. Burgdorf 9,38. Hannover 14501,61. Freising 28,88. Greifenberg i. P. 13,25. Dresden 1500.—. Leipzig 1000. Göttingen 300.—. Erfurt 200.—. Kalbe a. d. S. 600.—. Nossen 200.—. Stade 150.—. Bonn 109,58. Kahl a. M. 22,36. Krollpa 1,46. Pfenont 127,50. Frankfurt a. M. 4259,45. Breslau 500.—. Wittenberg (Bez. S.) 200.—. Lübecke 79,69. Grimma 200.—. Hamburg 27,90. Einzelmitglieder 364,67. G. 20.—. Stuttgart 1500.—. Tüßeldorf 671,54. Pagnau i. Schl. 250.—. Minden i. Westf. 153,47. Jagen i. Westf. 169,48. Greifswald 20,33. Lauf 400.—. Watz 300.—. Dömitz 100.—. Bendorf 5,60.  
**Schlus: Montag, 8. Mai, mittags 12 Uhr.**  
 Fr. Bruns, Kassierer.

**Die Abrechnung für das 1. Quartal 1911 haben eingekandt:**  
 Berlin, Blomberg, Burgdorf, Hannover, Frankfurt a. M., Greifenberg i. P., Fedenheim, Grevesmühlen, Heubach, Rheinsberg, Stabhagen, Kahl a. M., Wähligen, Lübecke, Goslar, Bonn, Minden i. W., Freese, Mühlentbeck, Greifswald, Bendorf.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.**

**Bücher.**  
 Nr. 262 615 für Emil Schilling, eingetreten am 20. Mai 1907 in Goslar.  
 Nr. 363 813 für Albert Schütt, eingetreten am 1. Mai 1909 in Berlin.  
 Nr. 262 223 für Otto Koad, eingetreten am 5. Juni 1907 in Mügeln.  
 Nr. 363 184 für Willi Kadner, eingetreten am 20. Juni 1909 in Mügeln.  
 Nr. 348 476 für Johannes Denhardt, eingetreten am 1. Februar 1909 in Hannover.

**Karten.**  
 Nr. 172 766 für Emil Pohl, eingetreten am 3. April 1911 in Goslar.  
 Nr. 164 090 für Heinrich Linkhorst, eingetreten am 20. März 1911 in Hannover.  
 Nr. 148 987 für Joseph Rautenhaus, eingetreten am 13. Januar 1911 in Bremen.  
 Nr. 122 657 für Peter Kompalla, eingetreten am 16. August 1910 in Pletthen.  
 Nr. 96 188 für Albert König, eingetreten am 20. April 1910 in Pries.  
 Nr. 121 822 für Ernst Kahl, eingetreten am 31. Oktober 1910 in Bwidau.

**Ausgeschloffen**  
 wurden die Mitglieder der Zahlstellen  
**Hannover:** Max Neumann, Buch-Nr. 227 803 wegen Verleumdung.  
**Hamburg:** Johann Tredde, Buch-Nr. 368 697, eingetreten am 25. November 1903.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**  
**Burgdorf.** J. Rodenhoff, Hinterstraße 41.  
**Erfurt.** Carl Oetjahn, Erfurt-N., Salinenstr. 10.  
**Leidingsfeld.** Lorenz Ott, Johanniterstraße 204.  
**Triebsdorf.** Ernst Körner, Steinstraße 29.  
**Wiesendorf.** Johann Köppel, Oberföhauer Straße 59.  
 Reiseunterstützung beim Kassierer Brendel von 12—1 und 7—8, Erwerbslosenunterstützung nur Sonntags von 12—2 Uhr.

**Nachtrag zur Kandidatenliste zum Gewerkschafts-Kongress.**  
 5. Wahlkreis: Oskar Köppler, Halle, vorge schlagen von Zahlstelle Halle.  
 6. Wahlkreis: Tangenwünde gehört zum 6. Wahlkreis und hat Kollegen Großmann vorge schlagen.

**Zahlstelle Staffort**  
 sucht zum 1. Juli einen tüchtigen **Geschäftsführer.**  
 Bewerber müssen 3 Jahre unserer Organisation angehört, befähigt sein, Vorträge zu halten, und Kenntnis der wichtigsten sozialpolitischen Belange zu besitzen. Den Bewerbungen ist eine selbständige Arbeit beizulegen über die Frage:  
 1. Wie hat sich die Gewerkschaft bei Streiks und Ausperrungen zu verhalten?  
 2. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben?  
 Die Aufklärung erfolgt nach den Beschlüssen des Leipziger Verbandstages. Bewerbungen sind bis zum 30. Mai mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzusenden an:  
 H. Thympo, Staffort, Wachtelstraße 37.

## Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie!

In letzter Stunde richten wir an euch noch einmal die Aufforderung, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die in dieser Woche stattfindenden Versammlungen mit der Tagesordnung: „Die Notwendigkeit kurzer Arbeitszeit in der chemischen Industrie“ einen Massenbesuch aufweisen.

Wer jetzt ohne Not fernbleibt, wer eine nichtsfagende Aussage vorschützt, ist ein Verräter seiner Mitarbeiter! Je wichtiger die Kundgebung sich gestaltet, um so eher werden die Unternehmer eure Forderungen erfüllen.

Her mit der Arbeitszeitverkürzung!

Nieder mit dem langen Arbeitstag und den vierundzwanzigstündigen Wechsellöchten!

## Kann die chemische Industrie den Achtfundentag einführen?

In der kommenden Woche wird die Arbeiterschaft der chemischen Industrie ihre Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit öffentlich stellen und begründen. In zahlreichen Versammlungen in allen Teilen Deutschlands soll die Frage erörtert werden, ob es mit der Vermittlung der Volksgesundheit in der chemischen Industrie so weiter gehen darf wie bisher. Und es sollen auch die Mittel und Wege besprochen werden, die eine Aenderung herbeiführen können.

An dieser Stelle ist die Notwendigkeit und die Durchführbarkeit einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit in der Giftindustrie so oft nachgewiesen worden, daß wir uns eigentlich einen erneuten Beweis ersparen könnten. Weil jedoch in letzter Zeit das Lied von der allzugroßen Belastung der Industrie besonders eindringlich gesungen und die Durchführbarkeit einschneidender Verbesserungen der Arbeitszeit besonders entschieden bestritten wird, und weil in die Klagen über die übermäßige Belastung die Unternehmer der chemischen Großindustrie eifrig einstimmen, sei hier die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung in der chemischen Industrie noch einmal unter dem Gesichtswinkel erörtert: Wird die Rentabilität der Industrie durch eine Arbeitszeitverkürzung in Frage gestellt? Die folgende Berechnung mag darauf antworten.

In den Betrieben der chemischen Industrie, die im Besitz von Aktiengesellschaften sind, waren im Jahre 1882 19 698 oder 33 Prozent aller Arbeiter der Industrie beschäftigt. Im Jahre 1895 waren es 33 808 oder 34,5 Prozent und im Jahre 1907 schon 61 426 oder rund 40 Prozent aller in der Industrie beschäftigten Personen. Die Aktiengesellschaften bilden also eine durchaus zureichende Grundlage, um eine Rentabilitätsberechnung für die gesamte Industrie darauf stützen zu können. Die Löhne der Arbeiter wieder erfahren wir aus den Berichten der Berufsgenossenschaften. Zwar gehen diese Berichte nur bis 1886 zurück, aber es läßt sich aus der Lohnsumme des ersten Jahres leicht ein annähernd richtiges Resultat für das Jahr 1882 ermitteln. Man beachte nun die in der folgenden Tabelle niedergelegten Resultate:

Jahr	Aktienkapital in Millionen Mark	Betriebe	Beschäftigte Personen	Lohnsumme in Mark		Steigerung		Ausgehende Dividenden in Millionen Mark	Verbleibende Restsumme in Millionen Mark	Steigerung
				Mk.	%	Mk.	%			
1882	46	?	19 698	750	—	—	—	11,417	581	—
1895	95	247,926	33 808	894	144	19,2	31,508	932	351	60,4
1907	176	528,6	61 426	1125	231	25,7	81,700	1330	398	41,7

Von 1882 bis 1907, also in 25 Jahren, ist demnach bei den Aktiengesellschaften der chemischen Industrie der Arbeitslohn pro Arbeiter von 750 auf 1125 Mk. oder um 49 Proz. gestiegen. In derselben Zeit stieg aber der an die Aktionäre verteilte Gewinn von rund 11/2 auf rund 82 Millionen Mark. Das ist eine Steigerung um 614 Prozent. Wird der verteilte Gewinn umgerechnet auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter, so wurden 1882 auf jeden beschäftigten Arbeiter 581, im Jahre 1907 aber

1330 Mk. Gewinn ausgeschüttet. Das ist eine Steigerung um 129 Prozent.

Die Gesamtsumme der in 25 Jahren von den Aktiengesellschaften ausbezahlten Dividende aber beträgt rund 1000 000 000 (eine Milliarde) Mark.

Neben diesen ausgeschütteten Dividenden wurden noch rund 200 Millionen Mark Reserven angehäuft! Und ungezählte Millionen wanderten in die Taschen der Aufsichtsräte. Wie hoch die Summe der nicht ausgeschütteten Gewinne ist, dafür gibt folgende Tabelle für 1910 einen Anhalt.

	Reingewinn Mk.	Dividende Mk.	Verbleibende Restsumme Mk.
Badische Anilin- und Sodafabrik	12 297 939	9 000 000	3 297 939
Eiberfelder Farbwerke	13 605 619	9 000 000	4 605 619
Höchst Farbwerke	14 221 409	9 720 000	4 501 409
Griesheim-Elektron	3 797 871	1 960 000	1 837 871
Gesellschaft für Anilinfabrikation	3 574 642	2 800 000	774 642
Summa:	47 497 480	32 480 000	15 017 480

46,2 Prozent der verteilten Dividende oder 34 Prozent vom Reingewinn bleiben diesen Werken verfügbar, werden als Tantiemen, Reserven und ein winziger Teil, ganze 9 542 888 Mark von den 15 Millionen, als Rücklage für Wohlfahrtsvereine verwandt. Veranschlagt wir die verbleibende Restsumme für die sämtlichen Aktiengesellschaften der chemischen Industrie nur mit 30 Prozent der ausgeschütteten Dividende, so ergibt sich für die 25 Jahre ein Reingewinn von rund

eine Milliarde 350 Millionen Mark.

Eine ungeheure Summe, die aus den Arbeiterhänden für eine Handvoll Aktionäre herausgeschunden wurde. Dazu treten noch die Geschäftsergebnisse der letzten drei Jahre, die noch einen Reingewinn von mindestens 350 Millionen Mark eingebracht haben, so daß von 1882 bis 1910 der gesamte Reingewinn der Aktiengesellschaften der chemischen Industrie sich auf rund

eine Milliarde 700 Millionen Mark

beläuft. Das sind berauschende, märchenhafte Gewinne! Und es gehört ein geradezu unerschütterliches Maß von Unehrlichkeit dazu, bei solchen Gewinnen über die sozialen Lasten zu jammern, Forderungen der Arbeiter als aus wirtschaftlichen Gründen unerfüllbar abzulehnen. Gewiß, es gibt einige Betriebe, die an diesem berauschenden Goldregen keinen Teil haben, die mit geringem Gewinn arbeiten oder gar Verluste erleiden, aber sollen diese Ausnahmen zum Maßstab genommen werden? Sollen nur dann und nur dort Arbeiterforderungen bewilligt, notwendige Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter getroffen werden, wenn auch der letzte, unbedeutendste Unternehmer seinen höheren Profit im Beutel hat? Das hieße, jeden Arbeiterschutz hinauschieben bis zum Sanktimmerleinstag. Die Ueberordnung des Profits über die Arbeitergesundheit, die an sich schon eine kapitalistische Roheit, eine profitverherrlichende Ungehörlichkeit ist, kann unmöglich so weit getrieben werden. Jede mindere Forderung ist aber in der chemischen Industrie erfüllt.

Wie würde nun die Arbeitszeitverkürzung auf den Profit wirken?

Angenommen, die durchschnittliche Arbeitszeit betrüge in den Betrieben der chemischen Industrie, die Aktiengesellschaften gehören, im Durchschnitt 10 Stunden pro Tag und 60 Stunden die Woche, dann würde eine Verkürzung auf 8 Stunden pro Tag und 48 Stunden die Woche gleich sein einer Verkürzung um 20 Prozent. Um diese 20 Prozent würde aber die Produktion nicht zurückgehen, es bräuchten auch nicht 20 Prozent mehr Arbeiter eingestellt zu werden, um sie auf der bisherigen Höhe zu halten. Es ist eine alte Erfahrung, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Arbeitsleistung, sowohl der Menge als der Güte nach, verbunden ist und daß auch in anderer Hinsicht Vorteile für den Betrieb eintreten. Der wirkliche Produktionsausfall ihrer Arbeiter würde nicht 20, sondern vielleicht 10 Prozent betragen. Nehmen wir nun an, daß um diese 10 Prozent auch der Gewinn zurückgeht, so hätten die Aktiengesellschaften der chemischen Industrie nach Einführung des Achtfundentages einen Gewinnausfall von 10 Prozent oder, da der Gesamtgewinn im Jahre 1909 rund 125 Millionen Mark betrug, von 12,5 Millionen Mark. Das ist eine Summe, die bei den Riesendividenden dieser Industrie gar nicht in Betracht kommt.

Die chemische Industrie kann also sehr wohl noch viel mehr tun. Sie kann nicht nur die Arbeitszeit ganz erheblich verkürzen, sondern daneben auch noch die Löhne auf einen der Arbeit und den teuren Lebensmittelpreisen angemessenen Stand bringen. Die gesamte, an die Arbeiter der chemischen Industrie bezahlte Lohnsumme betrug im Jahre 1909 rund 250 Millionen Mark. Davon entfallen auf Aktiengesellschaften 40 Prozent oder 100 Millionen Mark. Eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent würde mithin eine Mehrausgabe von 10 Millionen Mark im Jahre beanspruchen. Die Aktiengesellschaften hätten also, selbst wenn sie die Arbeitszeit um zwei Stunden täglich verkürzten und die Löhne gleichzeitig um 10 Prozent erhöhten, noch immer über 100 Millionen Mark Gewinn zu verteilen. Das sind fast 20 Prozent des gesamten Aktienkapitals. Selbst wenn 40 Prozent dieses Gewinns für Reserven, Aufsichtsräte und andre Pfändner der Industrie verbraucht würden, blieben noch 60 Millionen, das sind rund 1000 Mk. auf jeden beschäftigten Arbeiter, zur Verteilung an die Aktionäre übrig.

Diese Zahlen beweisen, daß in der chemischen Industrie die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur notwendig, sondern auch durchführbar ist. Sie beweisen aber zugleich, daß die Unternehmer eine Verkürzung freiwillig selbst dann nicht einführen, wenn alle Momente dafür sprechen und einzig und allein ihr Profitinteresse dem entgegensteht. Daraus haben die Arbeiter die Erkenntnis zu schöpfen, daß sie eine durchgreifende Verbesserung ihrer Lebenslage nur erreichen können, wenn sie sich den Rückhalt einer starken Organisation schaffen, wenn sie sich nicht auf andre, sondern auf sich selbst verlassen. Will die Regierung den gesetzlichen Arbeitstag für die gesundheits-schädlichen Betriebe nicht einführen, die Arbeiter werden ihre Menschenrechte zu erkämpfen und zu wahren wissen. Mit Hilfe einer starken Organisation werden die Giftstättenproleten ihre Forderungen durchsetzen mit oder ohne den Willen chemischer Kapitalisten.

Der Regierung, den Unternehmern und der gesamten Öffentlichkeit aber werden die Arbeiter in der kommenden Woche die Forderung zurufen:

## Her mit dem Achtfundentag für die chemische Industrie!

### Die Goldernie der chemischen Riesenbetriebe.

Die Riesenbetriebe der chemischen Industrie Deutschlands, die B. A. S. F., die Eiberfelder und Höchst Farbwerke, haben kürzlich ihre Geschäftsberichte für 1910 erscheinen lassen. Die Goldernie wird auch in diesem Jahre die Aktionäre voll auf befriedigen. Die drei Betriebe erzielten 1909 einen Fabrikationsgewinn von 59 765 010 Mark, der im Jahre 1910 auf 65 119 888 Mk. oder um 9 Proz. gestiegen ist. Die Abschreibungen betrugen 1909 13 042 699 Mk.; sie stiegen im Jahre 1910 auf 15 827 734 Mk. oder um 21,5 Prozent. Der Reingewinn inklusive Vortrag stieg von 38 853 273 auf 40 124 967 Mk. An Tantiemen erhielten die Aufsichtsräte 1909 4 473 081 Mk., 1910 fiel diese

Summe auf 4 361 050 Mk. Die Badische Anilin- und Soda-fabrik hat die schwere Arbeit der Aufsichtsräte um 658 161 Mk. geringer bewertet, die andern haben dagegen erheblich auf-erhöbert. Die Arbeiterzahl stieg von rund 19 500 auf 20 820 oder um 5,5 Prozent. Ueber die gezahlten Löhne lassen sich leider nicht für alle Betriebe gleichmäßige Angaben machen. Die Eiberfelder Farbwerke zahlten 8,11 Millionen Mark an die Arbeiter, 3,26 Millionen Mark an die Beamten. Die B. A. S. F. berichtet, daß sie 11,92 Millionen Mark Löhne im Jahre 1910 verausgabte hat, während sich die Höchst Farbwerke über die Löhne ausschweigen. Die Löhne der Höchst Farbwerke erreichen im Verhältnis aber keineswegs das Lohnniveau der erwähnten Betriebe. Schätzungsweise werden die Höchst Farbwerke an Löhnen, inklusive der Gehälter der Beamten annähernd 9,5 Millionen Mark bezahlet.

Verhältnismäßig gering sind gegenüber den Gewinnen die Ausgaben für die Kranken-, Invaliditäts- und Unfallversicherung. Nach eigenem Bericht und sorgfältiger Berechnung unsererseits wurden an derartigen Beiträgen 788 459 Mk. von diesen drei Betrieben aufgebracht. Bekanntlich werden diese Beiträge als Geschäftsunkosten betrachtet und dementsprechend vom Bruttogewinn abgerechnet. Der Bruttogewinn betrug rund 65 Millionen Mark, die Ausgaben für soziale Lasten, soweit solche als gesetzlich betrachtet werden, 788 459 Mk. oder 1,2 Prozent des Bruttogewinns. Sechsmal soviel betrug die an die paar Aufsichtsräte gezahlte Tantieme. Dieser minimale Prozentsatz für soziale Lasten geht den Unternehmern dieser Riesenbetriebe schon zu weit. Der führende Scharfmacher der chemischen Industrie und Leiter der Eiberfelder Farbwerke, Duisberg, erlöste auf der ersten Tagung des Sanjabinbes in Berlin:

„Als Arbeitgeber leiden wir mit der gesamten deutschen Groß- und Kleinindustrie und dem Handwerk unter dem Streben aller politischen Parteien, auf dem Gebiete der Sozialpolitik einen Wettlauf um die Gunst der Massen zu veranstalten und immer neue Maßnahmen und Forderungen durchzusetzen, ehe das mit uns konkurrierende Ausland uns auch nur in den längst hinter uns liegenden Anfangsgründen der Sozialpolitik nachgefolgt ist.“

Auch die Höchstfarbwerke führen in einem Bericht im Jahre 1909 an die Wiesbadener Handelskammer aus, daß die Belastung der Industrie durch Steuern, Beiträge für Arbeiterversicherung, Zölle und Abgaben einen solchen Umfang erreicht habe, daß gegen weitere, die Industrie belastende gesetzgeberische Maßnahmen mit aller Energie protestiert werden müsse. Beiden Firmen, die sich nicht genug mit ihren Wohlfahrts-einrichtungen brüsten können, steht es schlecht an, über zu hohe soziale Lasten zu klagen. Dieber bringen sie dagegen die freiwilligen Ausgaben für ihre Wohlfahrts-einrichtungen auf, weil diese ihnen ein unsicheres Mittel sind, die Arbeiter und Beamten der Fabriken im Abhängigkeits- und Hörigkeitsverhältnis zu halten. Wie wichtig ihnen diese Einrichtungen erscheinen, zeigten die Ausführungen Duisbergs in der letzten Generalversammlung der Elberfelder Farbwerke, in der 30 Aktionäre annähernd das halbe Aktienkapital vertraten. Er führte aus: Dem Schicksal des Gesetzentwurfs über die Angestelltenversicherung sieht die Kasse mit großen Befürchtungen entgegen. Sollte die jetzige Regierungsvorlage Gesetz und die Kasse damit zur Zahlungsstelle für die Reichsversicherungsanstalt degradiert werden, so wird es nicht möglich sein, sie weiter bestehen zu lassen. Die ihr nach Abschaffung der staatlichen Prämien an die Reichsversicherungsanstalt verbleibenden Beiträge reichen nicht hin, um die höheren Leistungen der Kasse zu decken. Die Begründung dieser Befürchtungen verrät den Fuchs, der den Gänzen seine aufrichtige Freundschaft versichert. In Wirklichkeit ist es der „armen“ Fabrik gar nicht um die paar Mark Beiträge zu tun, sondern ums Prinzip. Für sie besteht dann kein Interesse an der Pensionskasse, wenn es den Mitgliedern derselben freisteht, ihre Arbeitskraft überall zu betätigen, ohne ihren erworbenen Pensionsanspruch zu verlieren. Nicht edle, sondern durchaus eigennützige Motive sind es gewesen, die den Elberfelder Scharfmacher und Geheimen Regierungsrat, Inhaber vieler anderer Titel und Orden veranlaßten, diesen Kasstrandrat auszuföhren. Bringen die Wohlfahrts-einrichtungen keinen Nutzen, dann sind sie für die chemischen Kapitalisten vollständig überflüssig. Das nackte Profitinteresse hat sich immer gern in den Wohlfahrtsmanier gehüllt; daß Duisberg auf so ungeschickte Art und Weise seine profane Seite enthüllte, werden ihm keine Kumpane nicht verzeihen. Und wie steht es denn mit der Berechtigung dieser Scharfmacherlagen? Die chemische Industrie ist schon moralisch verpflichtet, von Grund aus höhere sozialpolitische Lasten aufzubringen, weil die Ertrags- und Unfallgefahr bedeutend über den Reichsdurchschnitt hinausgeht. Seit 1885 haben sich in der chemischen Industrie 178 053 Unfälle, davon 25 887 entfähigungspflichtige, ereignet. Ein Haer von Toten und Krüppeln bedeckt das Schlachtfeld der Arbeit. Auf 1000 Versicherte kommen bei allen Berufsgruppen 51,7, in der chemischen Industrie 56,04 gemeldete Unfälle. Als Ursache der Verletzungen steht in der chemischen Industrie die Rubrik: Gifte, Gase, Dämpfe, Explosionsstoffe am höchsten. Hier wiesen in den Jahren 1900 bis 1910 alle Berufsgruppen einen Jahresdurchschnitt von 4,1, die chemische Industrie einen solchen von 17,9 Personen auf 1000 Verletzte auf. In der gleichen Zeit wurden von 1000 entfähigten Verletzten bei allen Berufsgruppen im Jahresdurchschnitt 522, in der chemischen Industrie 734 geblendet oder blieben dauernd erwerbsunfähig. Bei den tödlich Verletzten wurden als Todesursache im Jahresdurchschnitt von 45 von 100 Fällen: Verletzungen oder Vergiftungen durch Explosionen, giftige Gase und andere Gifte, heiße Dämpfe u. m. festgestellt. Dazu waren die hohen Erkrankungs-ziffern, die ihre Ursachen hauptsächlich in denen der chemischen Industrie besonders eigenen und zahlreichsten Gewerbestandheiten haben. Von 1905 bis 1909 erkrankten auf 100 Mitglieder aller Betriebskrankenkassen Deutschlands 47 Krankheitsfälle und 865 Krankheits-tage, in den Betriebskrankenkassen der chemischen Industrie aber 85 Krankheitsfälle und 1124 Krankheits-tage.

Diese Zahlen sind ein Beweis für die besondere Gefährlichkeit der chemischen Industrie. Aus ihnen ziehen wir die Schlüsse, daß die Forderung der Arbeiterchaft Hermit dem kurzen, dem sanitären Arbeitstag, berechtigt ist. Angesichts der wunden Wunden, die die drei Niederbetriebe der Handvoll unruhiger Aktionäre in den Schoß werfen, ist es geradezu fatal, wenn von dieser Seite über hohe sozialpolitische Belastung gellapet wird. Andererseits handeln die Aktionäre und Direktoren der Betriebe verbrecherisch, wenn sie den in ununterbrochenen Betriebes ständigen Arbeitern nach langer der Sabbatentag oder den in Giftbetrieben ständigen Arbeitern den nach dem Grade der Gefahren abgestuften sanitären Arbeitstag vorenthalten.

Während im allgemeinen die Kurve des wirtschaftlichen Lebens sich nach unten neigt, streben die chemische Industrie auf das höchste Glückseligkeit. Und ihre Position ist so fest, daß sie durch die Zwänge, die auf andere Industrien nach unten drücken, nicht nur nicht berührt werden, sondern sich sogar nach oben zu bewegen. Wie werden es an die neue Verfassung an gewöhnen, daß neue Anzeichen der Gewerbetreibenden und die in Aussicht stehende Verwertung der Lebensversicherung durch ein neues gesetzliches Finanzsystem der Wirtschaft. Allerdings können die unruhigen Faktoren

auch an der chemischen Industrie nicht ganz spurlos vorübergehen, aber diese zeigt sich zurzeit in einer so kraftvollen Verfassung, daß sie Hemmungen, die auf anderen Gebieten unseres Wirtschaftslebens sehr störend wirken können, leicht überwinden wird. Alle publizistischen und statistischen Lebensäußerungen aus der chemischen Industrie rechtfertigen solches Urteil. Hoffnungsstroh müssen z. B. die Gewinnausschüttungen und Stimmungsberichte aus den letzten Geschäftsberichten und General-versammlungen der verschiedenen Aktiengesellschaften wirken. Soweit Zusammenstellungen nach dem „Reichsanzeiger“ vorliegen, erhöhte sich die von den Aktiengesellschaften ausgeschüttete Durchschnittsdividende für die Jahre 1909/10 und 1910 auf 13,0 Prozent gegen „nur“ 9,1 Prozent, die von denselben Gesellschaften für die Jahre 1908/09 und 1910 zur Verteilung gebracht worden waren. Greifen wir einige Unternehmen, die bereits neue Dividendenbeschlüsse gefaßt haben, heraus, hat man dieses Bild:

Gesellschaft	Dividenden in Prozent	
	1908	1910
Aktien-Ges. für Anilinfabrikation	18	20
Albert, Chemische Werke	32	32
Babische Anilin	22	25
Chemische Industrie, Gelsenkirchen	8	10
Egestorff, Salzwerte	10	12
Elberfelder Farbenfabrik	24	25
Renner, Farb- und Farbstoff-Fabrik	13 1/2	18
Chemische Fabrik von Heyden	10	12
Rheinische Chemische Fabrik	14	18
Schering, Chemische Fabrik	9	12
Weiler-ter-Meer	7	12

Die schon sehr hohen Dividenden des Vorjahres sind mit den Ausschüttungen des Jahres 1910 teilweise weit überholt. Bisher ist nur in einem einzigen Falle eine Verminderung der Dividenden eingetreten, und zwar bei der Draniensburg-St.-Pr. Das hat aber seine Ursache nicht in geschäftlichen, sondern in besonderen Verhältnissen der Gesellschaft. Somit dokumentieren die Gewinnverteilungen eine geradezu glänzende Lage der chem. Industrie. Die Verwaltungen bestätigen das. In der Generalversammlung der Schering-Gesellschaft beantwortete der Vorsitzende die Frage eines Aktionärs über die Geschäftslage dahin, daß keine Anzeichen auf eine Abschwächung hindeuteten und man daher für das laufende Jahr auf einen ebenso glänzenden Abschluß rechnen könne, wie nun für 1910

wohl gelungen sein, den im Fette schwimmenden Gesellschaften einige Pfennige Lohnerhöhung abzuköpfen. Hoffentlich lassen die Beteiligten sich das zur Lehre dienen; noch ist es Zeit, wenigstens etwas von der glänzenden Konjunktur für sich herauszuholen. Daß die chemische Industrie weiterhin flott beschäftigt ist, zeigt die Bewegung am Arbeitsmarkt. Die leistungsfähigste Gesellschaft hat allein im letzten Jahre die Zahl der Beschäftigten um 740 auf 6024 erhöht. Berücksichtigt man die Ergebnisse der Krankenkassenstatistik, soweit sie von der Berichterstattung im Reichsarbeitsblatt erfasst wird, dann zeigt sich, daß die Zahl der in Betriebskrankenkassen der chemischen Industrie versicherten Arbeiter sich wie folgt veränderte:

	Zahl der Versicherten am 1. April		
	1909	1910	1911
männliche	32 559	36 512	37 280
weibliche	2 574	3 024	3 422

Für einen Vergleich muß das Jahr 1910 auscheiden, weil in diesem Jahre 95 Klassen berichtet haben gegen nur 92 in den beiden andern Jahren. Gegenüber 1909 ist die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter um 4720 oder um über 14 Prozent, die der Arbeiterinnen um 948, gleich 37 Prozent, gestiegen. In diesem Jahre war auch die Zunahme im Monat März 1911 als in den Vorjahren; in diesem stellt sie sich auf 285 resp. 256 Personen gegen 326 Neueinstellungen im laufenden Jahre.

Es kann nicht fehlen, daß die gute Wirtschaftslage in der chemischen Industrie auf die Unternehmungslust anregend einwirkt. In den ersten beiden Monaten des Jahres stellt sich die Summe aller Neuinvestitionen bei allen deutschen Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. auf 191,8 Millionen Mark, gegen 165,5 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Steigerung macht rund 16 Prozent aus. Auf die chemische Industrie entfallen von den Gesamtsummen 7 398 000 Mk. resp. 2 268 000 Mark. Hier ergibt sich eine Zunahme um 5 130 000 Mk., gleich 226 Prozent. Da treten die Profithoffnungen, die man in bezug auf die chemische Industrie hegt, deutlich in die Erscheinung.

Zu der günstigen Verfassung der chemischen Industrie trägt das Auslandsgeschäft nach wie vor in erheblichem Maße bei. Der Menge nach sank die Einfuhr in den ersten beiden Monaten dieses Jahres im Vergleich mit dem Vorjahre von 5 446 722 Doppelzentner auf 5 205 540 Doppelzentner, dagegen stieg die Ausfuhr von 9 045 195 Doppelzentnern auf 10 267 026 Doppelzentner. Dem Werte nach ergibt sich in der Einfuhr ein Rückgang von 98 096 000 Mk. auf 93 853 000 Mk., während die Ausfuhr eine Erhöhung von 169 673 000 Mk. auf 192 884 000 Mk. erbrachte. Wie die Rechnung ausweist, ist die Ausfuhr nicht nur quantitativ gestiegen, auch der Einheitswert der ausgeführten Menge ist, wenn auch nur minimal, gestiegen. Verteilt man die Gesamtausfuhr auf die verschiedenen Hauptgruppen, dann ergeben sich die folgenden Zahlen:

	Ausfuhr Januar - März in D. S.			in 1000 Mk.		
	1910	1911	1910	1911	1910	1911
Chemische Grundstoffe	6 944 090	7 799 163	70 866	82 478		
Farben und Farbstoffe	441 412	499 859	56 656	63 732		
Feinöl, Seife, Kerze	9 593	13 927	1 420	1 746		
Wetter, Parfümerien usw.	26 675	28 149	6 770	6 609		
Kunststoffe, Düngemittel	1 484 822	1 776 813	7 812	10 046		
Explosionsstoffe, Düngemittel	50 845	58 948	9 641	9 466		
Diverse chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	87 749	110 167	16 709	18 709		

Bei den Rüststoffen ist die Ausfuhr der Menge nach erheblich zurückgegangen; trotzdem konnte der Erlös auf fast der gleichen Höhe gehalten werden. Es sind demnach wohl hauptsächlich wertvollere Marken verkauft worden. Das Pulvergeschäft lohnt, der Militarismus macht nun große Bestellungen auf Lieferung rauchlosen Pulvers. Der größte Anteil der Ausfuhrsteigerung entfällt auf Grundstoffe und künstliche Düngemittel. Die Unternehmer klagen allerdings über nicht genügend lohnende Preise. Die Aufstellung beweist, daß sie aber noch etwas angezogen haben. Wenn aber schon das vorige Jahr so glänzende finanzielle Ergebnisse für die — Aktionäre erbrachte und jetzt noch immer über zu niedrige Preise geklagt wird, dann kann man sich eine kleine Vorstellung von der Gehrigkeit der Gewinnschlucker machen. Mögen die Arbeiter sich danach richten.

### Arbeitszeit und Gewinne in der Gummi-Industrie.

Von den der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie unterstellten Berufsgruppen ist die kurze Arbeitszeit in der Gummi-industrie am weitesten vorgekommen. Sie beträgt durchschnittlich in:

Hamburg	52	bis 59	Stunden
Hannover	52 1/2	"	58
Berlin	53	"	57
Harburg	54	"	60
München	56	"	"
Frankfurt a. M.	57	"	60
Bremen	58	"	"
Dresden	58	"	"
Pfeifer	63	"	"

Sehr deutlich geht aus dieser Tabelle der Einfluß der Organisation auf die Verkürzung der Arbeitszeit hervor. In Hamburg, Hannover, Berlin, Harburg und München sind die Gummiarbeiter prozentual gut organisiert, daher ist dort die Arbeitszeit am kürzesten. In Pfeifer ist so gut wie gar keine Organisation vorhanden, dort ist die Arbeitszeit am längsten, der Lohn aber auch am niedrigsten. Bei einigermaßen guter Organisation der Gummiarbeiter kann in kurzer Zeit die wöchentliche Arbeitszeit für alle Gummiabriken auf 52 bis 54 Stunden herabgedrückt werden.

Die Gewinne der Gummiindustriellen lassen eine Herabsetzung der Arbeitszeit durchaus zu.

Im Jahre 1909/10 schwankten die Dividendenätze der größeren Betriebe folgendermaßen: 12 verteilten bis 5 Prozent 2 Betriebe, 6 bis 10 Prozent 10 Betriebe, 12 Prozent 1 Betrieb, 25 Prozent 4 Betriebe, 40 Prozent 1 Betrieb. 52 Millionen 880 000 Mk. tätiges Aktienkapital der Gummiindustrie brachten 14 098 123 Mk. oder 26,6 Prozent Reingewinn. Der Gesamtbeitrag der verteilten Dividende pro 1909/10 ist 7 515 430 Mk. Es ergibt sich demnach eine Durchschnittsdividende von 14,6 Prozent. Im Jahre 1910/11 brachten 48 900 000 Mk. Aktienkapital 7 654 280 Mk. oder 15,65 Prozent Durchschnittsdividende. Demnach ist eine Steigerung von 1 Prozent im Laufe des Jahres eingetreten. Die Dividendenätze schwanken in den einzelnen Betrieben folgendermaßen: 6 Betriebe verteilten keine Dividende, 6 bis 10 Prozent verteilten 7 Betriebe, 11 bis 15 Prozent 2 Betriebe, 26 Prozent 3 Betriebe, 45 Prozent 1 Betrieb.

Für die Gummiarbeiter muß die Gewinnsteigerung, die trotz höherer Rohmaterialpreise möglich war, ein Ansporn sein, die Organisation zu stärken, damit überall eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit erlangt werden kann.

die den Arbeitern immer Enthaltensamkeit predigen und die soziale Frage durch Kapuzinerpredigten über die „Beschwendungsucht“ der Arbeiter lösen wollen, um desto ungehinderter die menschliche Arbeitskraft verschwenden zu dürfen, richtet sich die nachstehende Antwort, die R. Marx im „Kapital“ einem Arbeiter in den Mund legt: „Du predigst mir immer das Evangelium der „Enthaltensamkeit“ und „Enthaltung“. Nun gut! Ich will wie ein vernünftiger, sparsamer Wirt, mein einziges Vermögen, die Arbeitskraft, haushalten und mich jeder tollen Verschwendung derselben enthalten. Ich will täglich nur so viel davon flüssig machen, in Bewegung, in Arbeit umsetzen, als sich mit ihrer Normaldauer und gesunden Entwicklung verträgt. Durch maßloses Verlängern des Arbeitstags kannst du in einem Tage ein größeres Quantum meiner Arbeitskraft flüssig machen, als ich in drei Tagen erzeihen kann. Was du so an Arbeit gewinnst, verliere ich an Arbeitsubstanz. Die Benutzung meiner Arbeitskraft und die Vererbung derselben sind ganz verschiedene Dinge. Du zahlst mir ein-tägige Arbeitskraft, wo du dreitägige verbrauchst. Das ist wieder unsern Vertrag und das Gesetz des Warenaustauschs. Ich verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge und ich verlange ihn ohne Appell an dein Herz, denn in Geldsachen hört die Gemütslichkeit auf. Du magst ein Musterbürger sein, vielleicht Mitglied des Vereins zur Abschaffung der Tierquälerei und obendrein im Geruch der Heiligkeit stehen, aber dem Ding, das du mir gegenüber repräsentierst, schlägt kein Herz in der Brust. Ich verlange den Normalarbeitstag, weil ich den Wert meiner Ware verlange wie jeder andre Verkäufer.“

vorliege. Solch Auskunft muß die Brüste der Aktionäre hochschwellen lassen. — Die Farbwerke von Meister, Lucius u. Brüning erhöhten den Gewinn von 16,8 Millionen Mark auf 17,6 Millionen Mark. Trotzdem wurde die Dividende auf „nur“ 27 Prozent, wie in den Vorjahren, belassen. Anscheinend rüftet sich dieser Anilinfongern zu weiteren Angliederungen. In ihrem Geschäftsbericht sagt die Gesellschaft, daß sie für einige neue Farbstoffe auf ein großes Geschäft hoffe. Die Aussichten für das Jahr 1911 werden allgemein als günstig bezeichnet.

Die günstige Entwicklung, speziell in der chem. Großindustrie, wird auch von der Handelskammer in Berlin hervorgehoben. In ihrem Jahresbericht für 1910 bemerkt sie, daß der Aufschwung, der schon im Jahre vorher eingesetzt habe, im Jahre 1910 weiter anhielt. Sowohl der inländische als auch der ausländische Markt sei mit erhöhten Ansprüchen hervorgetreten. Bei einer Reihe von Fabrikanten sei es auch gelungen, die Preise hinaufzusetzen, außerdem sei der Preis für Rohmaterial und Kohlen gesunken. Ähnlich urteilt die Berliner Kaufmannschaft in ihrem vom Vortage im Jahresbuch für Handel und Industrie erschienenen Bericht. Es heißt darin, daß die Betriebe gut beschäftigt waren, und die Preise teilweise erhöht werden konnten. Bemerkenswert ist die Konstatierung, daß die Arbeiterfrage keine Schwierigkeiten gemacht habe! Angeblich ist das Lohnniveau im allgemeinen etwas erhöht worden. — Wohl infolge von Überstundenarbeit. — Ein Mangel an Arbeitskräften hat sich nicht bemerkbar gemacht, es ist im Gegenteil das Angebot stets größer gewesen als die Nachfrage. Arbeiterausstände kamen nicht vor, jedoch machte sich in der letzten Zeit in der chemischen Industrie mit ihren angeblich zu hohen Gehältern eine höhere Agitation unter den Arbeitern bemerkbar, die zu kleinen Unruhen führen mußte. „Also die Gewinne in der chemischen Industrie sind nur — angeblich hoch! Und trotz dieser Gewinne ist das Lohnniveau nur wenig gestiegen. Daß es dabei nicht zu Streiks gekommen ist, erklärt sich zum Teil wohl aus dem Umstande, daß die Zahl der Arbeitsuchenden infolge der ungenügenden Beschäftigung in anderen Industrien sehr groß war. Das haben die Unternehmer gründlich ausgenutzt. So verstehen sie die Harmonie der Interessen. Wären die Arbeiter der chemischen Industrie besser organisiert, dann würde es ihnen mit Hilfe der Organisation doch

### Wirtschaftliche Umschau.

Glänzende Lage der chemischen Industrie. — Dividendensteigerung. — Ursachen Geschäftserfolgs. — Günstige Entwicklung des Rubenshandels.

Während im allgemeinen die Kurve des wirtschaftlichen Lebens sich nach unten neigt, streben die chemische Industrie auf das höchste Glückseligkeit. Und ihre Position ist so fest, daß sie durch die Zwänge, die auf andere Industrien nach unten drücken, nicht nur nicht berührt werden, sondern sich sogar nach oben zu bewegen. Wie werden es an die neue Verfassung an gewöhnen, daß neue Anzeichen der Gewerbetreibenden und die in Aussicht stehende Verwertung der Lebensversicherung durch ein neues gesetzliches Finanzsystem der Wirtschaft. Allerdings können die unruhigen Faktoren

### Wirtschaftliche Umschau.

Glänzende Lage der chemischen Industrie. — Dividendensteigerung. — Ursachen Geschäftserfolgs. — Günstige Entwicklung des Rubenshandels.

Während im allgemeinen die Kurve des wirtschaftlichen Lebens sich nach unten neigt, streben die chemische Industrie auf das höchste Glückseligkeit. Und ihre Position ist so fest, daß sie durch die Zwänge, die auf andere Industrien nach unten drücken, nicht nur nicht berührt werden, sondern sich sogar nach oben zu bewegen. Wie werden es an die neue Verfassung an gewöhnen, daß neue Anzeichen der Gewerbetreibenden und die in Aussicht stehende Verwertung der Lebensversicherung durch ein neues gesetzliches Finanzsystem der Wirtschaft. Allerdings können die unruhigen Faktoren

Während im allgemeinen die Kurve des wirtschaftlichen Lebens sich nach unten neigt, streben die chemische Industrie auf das höchste Glückseligkeit. Und ihre Position ist so fest, daß sie durch die Zwänge, die auf andere Industrien nach unten drücken, nicht nur nicht berührt werden, sondern sich sogar nach oben zu bewegen. Wie werden es an die neue Verfassung an gewöhnen, daß neue Anzeichen der Gewerbetreibenden und die in Aussicht stehende Verwertung der Lebensversicherung durch ein neues gesetzliches Finanzsystem der Wirtschaft. Allerdings können die unruhigen Faktoren